

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltenes Pestleite.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 36 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-
straße 106 .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 8. September 1911

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Die
Macht der Unternehmer und die Macht der Arbeiter. I. —
Was uns die Agrarier lehren! — Von den Himmels-
erscheinungen im September. — Woran man bei der Lohn-
zahlung nicht denkt. — Erwerbsverhältnisse der Wagen-
sattler Deutschlands im Jahre 1910. — Die internationale
Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. II. — Gehören Cure
Frauen der gewerkschaftlichen Organisation an? — Neue
Krankentassenzerfplitterung. — Aus unserem Beruf. — Aus
anderen Organisationen. — Streits und Lohnbewegungen.
— Korrespondenzen. — Soziales. — Genossenschaftliches.
— Rundschau. — Befestigung des Zentralvorstandes.
— Wägerschau. — Adressenänderungen. — Sterbefall.
— Versammlungskalender. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 10. bis 16. September
ist der 37. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.**

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsver-
waltung zu erkundigen.

Berlin. Bei der Firma Georg Weigert,
Album-, Wappen- und Tafelstempel-, Dranien-
straße 25, sind die Mitglieder des Buchbinder-
verbandes und des Sattler- und Portefeuille-
verbandes in den Streik getreten, weil sich die
Firma Weigert, den Tarifvertrag für die
Album-, Wappen- und Galanteriewarenindustrie
unterschriftlich anzuerkennen.

Metallarbeiterausperrung. In einer
ganzen Reihe von Städten sind unsere Kollegen
mit den Metallarbeitern ausgesperrt worden.
Arbeitsangebote solcher gemischten Betriebe sind
strengstens abzulehnen und der Bezug fern-
zuhalten.

Ausland.

Prag und Stauding sind zu meiden.
Banton Zürich für alle Sattler gesperrt.
Schweden. Malmö ist für Portefeuille
und Reisartikelsattler gesperrt.

Ungarn. Die Portefeuille in Budapest
befinden sich in einer Tarifbewegung, weshalb
jeder Kollege gewarnt wird, nach dort Engage-
ments anzunehmen.

Die Macht der Unternehmer und die Macht der Arbeiter.

I.
In früheren Zeiten war es üblich, daß die be-
sitzen- und bevorrechtigte Klasse über die Arbeits-
kraft der Unterschichten nach Laune und Willkür ver-
fügte. Die Arbeiter hatten keinen Einfluß auf die
Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die
von den Herren einseitig festgesetzt wurden, die Höhe
oder der Tiefstand ihrer Lebenshaltung hing allein
von dem Willen der Oberschichten ab. Befanden sich
die Volksmassen hier und da in halbwegs ertäg-
lichen Verhältnissen, so verdankten sie dies der Güte
und der Gnade ihrer Brotgeber, einen Rechtsanspruch
darauf hatten sie nicht. Das Recht auf ein men-

schwürdiges Dasein für alles, was Menschenan-
sprüche trägt, war damals noch nicht entdeckt. Dieses Recht
ist erst eine Errungenschaft der Neuzeit: Der Kapi-
talismus hat das Verdienst, den Gedanken in die
Kulturwelt geschleudert zu haben, daß die Schranken
der Geburt keinen Menschen mehr daran hindern
sollen, sich diejenige wirtschaftliche Stellung in der
Welt zu suchen, auf die er kraft seiner Fähigkeiten
und Leistungen Anspruch hat; er hat auch den Grund-
satz aufgestellt, daß alle Vorgesetzten- und Abhängig-
keitsverhältnisse der Vergangenheit beseitigt werden
müßten und daß jeder Mensch das freie Verfügungs-
recht habe über seine Person und sein Vermögen.
Nicht war auch der Arbeiter ein freier Mann ge-
worden, dessen Persönlichkeit denselben Schutz ge-
nießen sollte wie die eines Herrn; er war dem Unter-
nehmer gegenüber zu einem gleichberechtigten
Staatsbürger aufgerückt, der über seinen Willen und
seine Arbeitskraft frei verfügen darf.

Dieser Rechtsboden ist der Schauplatz, auf dem
sich die modernen Klassenkämpfe abspielen, hierdurch
unterscheiden sie sich von den Bewegungen früherer
Zeit. Auch die unterdrückten Volksschichten der Ver-
gangenheit haben um ein menschenwürdiges Dasein
mit Ausdauer und Erbitterung gekämpft, aber ihre
Waffe war die Gewalt und ihre Mittel waren ge-
walttätiger Art; das moderne Proletariat schwingt
das Recht als seine Waffe und das Rechtsbewußtsein
in die Triebkraft und der Leitstern in den Kämpfen
der Gegenwart. Die moderne Arbeiterklasse fordert
ihre Macht und weiter nichts, dieses Recht will und
muß sie sich erkämpfen auf dem Boden des Rechts
und mit den Waffen des Rechts. Das mögen sich
besonders die Leute merken, die sich als offene Ge-
gner oder falsche Freunde der Arbeiterbewegung be-
mühen, das Proletariat von diesem Rechtsboden fort-
zuloden und auf den Boden der Gewalt zu drängen.
Auch von der Arbeiterpolitik, die die organisierten
Proletarier treiben, gilt das Wort, das der große
Denker Immanuel Kant an der Schwelle der Neu-
zeit geprägt hat: „Alle wahre Politik ist auf die Ver-
bindung eingeschränkt, mit der Idee des öffentlichen
Rechts zusammenzustimmen. Das Recht muß nie
der Politik, wohl aber muß die Politik jederzeit dem
Recht angepaßt werden. Wehe dem, der eine andere
Politik anerkennt als diejenige, die die Gesetze des
Rechts heilig hält.“ Und es kann gar keinem Zweifel
unterliegen, daß wir uns mit unserer Rechtspolitik
auf dem richtigen Wege befinden und daß sie uns
zum endgültigen Siege führen wird.

So sehr wir nun auch das Recht schätzen und
achten, so dürfen wir doch niemals vergessen, daß es
nicht in der Luft schwebt, sondern daß es auf der
Macht als seiner realen Grundlage beruht. Das
Recht ist ein Ideal, das erst mit Fleisch und Blut
erfüllt werden muß, wenn es praktischen Wert haben
soll. Das war ja der große, verhängnisvolle Irr-
tum des alten Liberalismus, daß er meinte, ein
Mensch besitze schon das Recht, wenn man ihm das
Recht zugesprochen habe, und weil er in diesem Irr-
tum verstrickt war, hat er sich von dem heutzutage
Kapitalismus überbieten lassen. Durch eine schwere
Lebenszeit hindurch hat die moderne Menschheit
lernen müssen, daß ein Recht so lange ein Wahr-
gebilde bleibt, bis es durch die Macht unterstützt und
gewährleistet wird. Infolge dieser Erkenntnis ist
sie aus dem Vollenjudentum der Ideologie
herabgestiegen auf den festen Untergrund der rauen
Wirksamkeit, und nun gilt der Satz: Willst du dein
Recht haben, so sieh zu, daß du die Macht bekommst!

Und vor allen Dingen hat das Proletariat erkannt,
daß es sich die Macht eringen muß, wenn es sein
Recht durchsetzen will, weil es nutzlos ist, auf sein
gutes Recht zu pochen, ohne in der Lage zu sein, es
mit Nachdruck zu vertreten. Der Kampf ums Recht
ist also in der Tat ein Kampf um die Macht. Es
dürfte darum angebracht sein, einmal die Macht-
mittel der Unternehmer mit denen der Proletarier
zu vergleichen. Allerdings kann man häufig hören,
daß die Macht der Arbeiter einzig und allein auf
ihrer Massenhaftigkeit, ihrer großen Anzahl beruhe,
aber unsere Untersuchung wird zeigen, daß dies eine
Illusion ist: Die Zahl allein tut es nicht, es müssen
auch noch andere Bedingungen hinzukommen.

Man braucht nur einen einzigen Blick ins öffent-
liche Leben zu werfen, um zu sehen, daß heute das
Unternehmertum noch auf wirtschaftlichem, politi-
tischem und geistigem Gebiete die Uebermacht hat,
die aber gebrochen werden muß, wenn das Proleta-
riat zum Siege gelangen will. Mit bloßen Rechts-
ansprüchen, und wenn sie auch von den schönsten,
tündendsten Redensarten und den stammendsten Pro-
testresolutionen unterstützt werden, löst man keinen
Hund hinter dem Ofen hervor. Das Recht muß sich
mit der Macht vermählen, und aus dieser Ver-
mählung wird die neue, vom Geiste des Sozialis-
mus erfüllte Gesellschaft entspringen.

Die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums
beruht auf dem großen Geldsack. Die Gesamtheit
der Kapitalisten ist im Besitze aller Produktions-
mittel im weitesten Sinne: Die Agrarier besitzen
Grund und Boden, auf dem sie mit Hilfe angewor-
bener Arbeitskräfte Korn und Vieh, Früchte, Ge-
müse und andere Lebensmittel erzeugen; die
industriellen Unternehmer und die Inhaber der
handwerkermäßigen Betriebe besitzen Fabriken und
Werkstätten, Maschinen und Werkzeuge, Rohmate-
rialien und Hilfsstoffe und lassen durch ihre Ange-
stellten und Arbeiter alle möglichen Bedarfsgegen-
stände herstellen; die Kaufleute haben Lagerräume,
worin sie zahllose Waren aller Art aufspeichern,
und Läden, worin sie diese Waren zum Verkaufe
bringen; die Grundbesitzer besitzen Bergwerke, aus
denen ihre Arbeiter Eisen und Kohle, Steine und
Salze herausgraben; wieder andere Kapitalisten
nennen die Petroleumquellen ihr eigen, andere
ziehen ihren Gewinn aus den Heilquellen, die aus
der Erde hervorprudeln, endlich gibt es auch noch
Kapitalisten, die mit Hilfe ihrer Schiffe und Wagen
den Verkehr vermitteln, die Theaterunternehmungen
und Vergnügungsorte unterhalten usw. So be-
finden sich denn alle Naturkräfte und Kulturwerte
in den Händen des Kapitals, und der Proletar —
der freie, gleichberechtigte Proletar mit seinem
Existenzrecht — spielt die Rolle des armen Poeten,
der sich dem Throne des Göttervaters näherte. „Was
tun, spricht Zeus, die Welt ist weggegeben!“ Alles
ist weggegeben, der Proletar steht mit leeren Händen
da und muß sich deshalb, um leben zu können, in die
Lohnnechtschaft des Kapitals verkaufen.

Die politische Macht des Unternehmertums be-
ruht darauf, daß es die Staatsgewalt erobert hat
und zu seinen selbstsüchtigen Zwecken ausnützt. Die
Kapitalisten haben, trotz eines mehr oder minder
demokratischen Wahlrechts und trotzdem sie sich in der
Minderzahl befinden, heute noch in allen Kultur-
staaten die Majorität in den Parlamenten; sie haben
die Klinke der Gesetzgebung in der Hand und spielen
mit der Waffe des Volkes Schindluder. Wie sie die
Regierungsmaschine und die Gesetzgebungsmaschi-

nerie zu gebrauchen verstehen, um das Volk auszu-
 reiben und sich selbst die Tischen zu fällen, ist ja
 längst zu einem öffentlichen Skandal geworden. Auch
 in den Gemeinden benutzen sie ihre Macht zu ihrem
 Vorteil und zum Nachteil der Unterdrückten. Nicht
 minder auch nutzen sie ihren politischen Einfluss aus
 in den Verwaltungskörpern, in den Gerichten, der
 Polizei und allen anderen Behörden. Allen öffent-
 lichen Angelegenheit drückt der Kapitalismus seinen
 Stempel auf, überall hat er seine Hand mit im Spiele.

Die geistige Macht des Unternehmertums hat
 ihren Grund darin, daß es alle Wissensquellen und
 Bildungsmittel mit Beschlag belegt und mit kapiti-
 listischem Geiste erfüllt hat. Die Schule ist zu einem
 Mittel geworden, um das System des Kapitalismus
 zu stützen und zu stärken; von der Universität bis
 zur Volksschule verfolgen die Lehranstalten den
 Zweck, das Bestehende zu rechtfertigen und gegen die
 „Begehrlichkeiten“ und „unberechtigten“ Ansprüche der
 Massen zu verteidigen. Auch die Kirchen der ver-
 schiedenen Konfessionen haben die Aufgabe, die kapiti-
 listische Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung als
 eine unantastbare, göttliche Weltordnung hingu-
 stellen und die veredelnden Massen durch das Ein-
 worten vom Himmel über ihr Ciend hinwegzutreiben.
 Auch die Presse ist noch größtenteils in den Händen
 der Kapitalisten; in Millionen von Zeitungen und
 in Tausenden von Zeitschriften wird tagtäglich die
 „Unmännlichkeit“ des Sozialismus und die „Verworfen-
 heit“ der Arbeiterorganisationen verurteilt. Und
 wenn man noch die Theater erwähnt, die die mo-
 derne Arbeiterbewegung verpöbnet und ver-
 unglimpft, und die Vorträge und Vorlesungen, die
 kapitalistische Geinnung verbreiten, wenn man all
 die Kanäle kennt, durch die antisozialistische und
 antiproletarische Gedanken ins Volk hineinströmen,
 so wird man den geistigen Einfluß des Unternehmertums
 auf die Massen nicht zu gering anschlagen.

Was uns die Agrarier lehren!

Wir hatten uns in Nr. 22 schon einmal mit den
 kapitalistischen Organisationen beschäftigt, die gegen-
 wärtig in Deutschland die erste Geige spielen. Da-
 bei hatten wir uns vor Augen gefüßt, welche Er-
 folge die Kartelle und Syndikate, sowie die Agrarier
 aufzuweisen haben. Dann hatten wir gefunden, daß
 diese goldenen Früchte ihnen erst nach langer Organi-
 sationsarbeit gereift sind. Daraus schlossen wir, daß
 auch wir Arbeiter uns vereinen müssen, und daß
 wir nicht topfisch zu werden brauchen, wenn der
 Reiz auf dem Aker unserer Organisation einmal
 nicht so hoch steht. Doch das sind nicht die einzigen
 Lehren, die wir daraus ziehen können. Besonders
 die agrarische Bewegung zeigt uns außerdem die
 Mittel, die eine Organisation hoch bringen. Das
 sind keine anderen als die ins Praktische übertra-
 genen Sätze: „Einigkeit macht stark“ und „Ver-
 einigt sind wir alles, vereinzelt aber
 nichts“. Es kann daher dem Sattler und Porte-

feuilleur nichts schaden, wenn er sieht, welche ge-
 wealtige Kraft in diesen Sätzen steckt, und wie ge-
 schickt die Agrarier es verstanden haben, damit ihre
 Sache zu verfeinern.

Nun ist freilich die Lage dieser Bevölkerungs-
 klasse eine ganz andere, als die unserer. Als Pro-
 duzent ist der Agrarier Herr seiner Produktions-
 mittel und damit der Gesamtproduktion. Was sie
 ihm einbringt, steckt er in seine Tasche. Er ist nur
 davon abhängig, daß seine Produkte, sein Korn, sein
 Vieh, sein Gemüße auch Käufer findet. Dann hat
 er darauf zu achten, daß diese Produktionsmittel,
 der Aker, die Weide, ja seine ganze Wirtschaft tätig
 bleiben, Produkte herorzubringen.

Als Konsument dagegen geht das Bedürfnis des
 reaktionären Agrariers mit dem des flottenbewußten
 Arbeiters zusammen. Denn auch er muß kaufen,
 möglichst billig und doch möglichst wohlfeil zu kaufen
 und so sein Einkommen wirtschaftlich möglichst aus-
 zunutzen. Als Produzent wie als Konsument hat
 nun der schlaue und mit allen Salben geschmierte
 Agrarier die Macht der Organisation für sich ausge-
 nutzt, und er hat dadurch im Kampf ums Dasein eine
 sichere Stellung gefunden, um die ihn so manche In-
 dustriellen beneiden.

Wie er sich für seine Produkte den deutschen
 Markt gesichert hat, das haben wir schon gesehen.
 Die ganze Zollpolitik ist weiter nichts als ein z-
 lungenver Versuch der Agrarier, sich den deutschen
 Markt zu sichern und mit Staatshilfe sein Korn auf
 der Weltmarkt zu bringen.

Aber auch das Geld zum Ankauf von und Ver-
 bessern seiner Wirtschaft hat er sich durch Staatshilfe
 zu verschaffen gewußt. Denn beim Agrarier liegt
 noch mehr wie beim Industriellen der Knüttel beim
 Hund. Sein Kapital steckt meist in seiner Wirtschaft,
 gerade so, wie das Geld des Industriellen in seinen
 Rohprodukten, seinen Anlagen, seinen Maschinen
 steckt. Will der Agrarier außerordentliche Ausgaben
 machen, so muß er genau so wie der Industrielle sich
 Geld verschaffen.

Gerade in dieser Hinsicht steht er aber als ein-
 zelner viel ungünstiger da wie der Industrielle.
 Denn er kann nicht wie dieser in kurzer Zeit das
 Geld wieder zahlen, steckt er es doch in seine Wir-
 tschaft und seine Wirtschaft gibt nur langsame Ueber-
 schuß. Daher ist es kein Wunder, daß die Darlehns-
 gäber lieber der Industrie als der Landwirtschaft ihr
 Geld geben. Mühen sie doch ihr Kapital lange stehen
 lassen und sind zudem allem Wechsel der Ernte
 unterworfen. Der geldsuchende Agrarier mußte daher
 die bittere Erfahrung machen, daß er sehr schwer
 Geld bekommt und obendrein noch recht hohe Zinsen
 zahlen muß.

Dies ist es die Organisation gewesen, die dem
 einzelnen aus dieser Klemme geholfen hat. In
 Kreuzen waren es die sogenannten „Landchaften“,
 in Süddeutschland die Kreditvereine nach Kaiser-
 lichem Muster. Vor allem interessieren uns die Land-
 schaften, denn diese sind so recht eine Gemeinschaft
 der preußischen Agrarier.

Die Sichtbarkeitsverhältnisse für die Planeten
 werden auch wieder günstiger. Die Frühaufrichter
 können sogar Merkur beobachten, der als Mondstern
 in der zweiten Hälfte des Monats im Osten bis zu
 1/2 Stunden sichtbar ist. Auch Venus wird Ende des
 Monats auf kurze Zeit als Morgenstern zu sehen
 sein, nachdem er hinter der Sonne vorübergegangen
 ist. Jupiter dagegen ist am Ende des Monats nur
 noch wenige Minuten in der Abenddämmerung zu
 sehen. Mars und Saturn beherrschen jetzt den
 Abend. Mars steht am Anfang des Monats bei
 Sonnenanfang schon hoch im Meridien und ist am
 Ende desselben bereits 9 Stunden lang sichtbar.
 Saturns Sichtbarkeitsdauer nimmt sogar bis auf
 9 1/2 Stunden zu.

Welchen Einfluß die großen Planeten, insonder-
 heit Jupiter, vermöge ihrer großen Masse auf kleine
 Körper ausüben können, zeigt das Beispiel des
 kleinen Planeten Andromache. Im letzten Jahre
 kam dieser dem Jupiter sehr nahe. Die Anziehung
 dieses großen Körpers bewirkte erhebliche Stör-
 ungen in der Bahn des Planetoiden. Diese sind so
 groß, daß Andromache hinter dem Orte, den er ein-
 nehmen würde, wenn Jupiter ihn nicht gestört hätte,
 um etwa 40 Grade, d. h. 80 Vollmondsbreiten, zurück-
 geblieben ist. Im nächsten Jahre wird der kleine
 Körper aber durch Jupiter noch viel stärker in seinem
 Laufe gestört werden. 1877, im Jahre der Ent-
 deckung, hatte Andromache eine Umlaufzeit von
 2098 Tagen, jetzt von 2124 Tagen, so daß sie sich
 um nicht weniger als ein Achtzigstel vergrößert hat!
 Ihr Bahnkreis ist dabei runder geworden.

Der zweite Komet dieses Jahres, der Komet
 Aiech, der im Juli auf der Südhemisphäre durch Aiech
 entdeckt wurde, steht im September im Sternbild
 der Fische. Nachdem ist bekanntlich schon wieder ein
 neuer Komet durch W. Brooks entdeckt worden, der
 nach der vorläufigen Bahnbestimmung im November
 in seine größte Annäherung zur Sonne kommen
 wird. Man vermutet, daß er eine hellere Erfhei-

Diese Landchaften sind Vereine, die möglichst
 alle Gutsbesitzer einer Provinz oder eines Kreises
 umfassen. Sie haben sich zur Aufgabe gesetzt, dem
 einzelnen Mitglied billigen Kredit zu verschaffen. Sie
 erreichen das dadurch, daß nicht mehr der einzelne
 mit seinem Vermögen für seine Schuld haftet, wie
 damals, als er sich allein Geld lieb, sondern daß
 der ganze Verein mit seinem Gesamtvermögen und
 ebenso auch die übrigen Mitglieder für die Schuld
 haften. Zum Zeichen dafür gibt der Verein dem
 Gläubiger auch besondere Wertpapiere auf seinen
 Namen, die sogenannten Pfandbriefe. Er erhöht
 damit also die Sicherheit, die der Kreditgeber bisher
 an dem einzelnen Landwirt vernichte oder für un-
 genügend hielt.

Anfangs freilich waren diese Landchaften nach
 der Idee ihres geistigen Erhebers Führung und ihres
 Gründers, Friedrich H. von Reichen, nur für den
 Adel bestimmt. Doch schon zu Anfang des 19. Jahr-
 hunderts ließ man auch reiche Bauern zu und seit
 1849 hat man auch dem Kleinbauer die Türen ge-
 öffnet. Na, man hat gerade ihm zum Gegenstand be-
 sonderer Fürsorge gemacht. Die preußischen Junker
 hatten auch allen Grund dazu. Denn der kleine Mann
 war noch seit der Bauernrebellion nicht auf sie
 zu sprechen; er merkte genau, daß ihm die hohen Herren
 das Hehl über die Ohren gezogen hatten. Die hohen
 Herren mußten aber versuchen, den Großen wie-
 der zu veröhnen, wollten sie ihre Stellung im Lande
 befestigen. Diese neue Landchaft mit ihrem Ent-
 gegenkommen sollte ihm zeigen, daß die Regierung
 und die Herren Junker auch ihm helfen wollten.
 Doch der misstrauische Bauer ergriff die dargebotene
 Freundschaftsband sehr selten, der neue Verein bot
 ihm zu wenig, nahm zu hohe Zinsen und stellte zu
 lästige Bedingungen. Ein klares Bild von dieser
 Stellung gibt ein Artikel in Delbrüds „Preussischen
 Jahrbüchern“ über die Entwicklung der Preussischen
 Landchaft. Danach hatte der kleine Mann im
 Jahre 1867 von den 22 Millionen Mark Darlehen
 auf seine Kasse erst 1/2 Millionen Mark genommen.
 Und von der Periode von 1849-1879 sagt der Bericht
 ganz offen, daß er einen Misserfolg der Betreibungen
 darstelle, auch dem kleinen Mann zu helfen. Jetzt
 wurden alle Mittel angewandt, dem Kleinbauer den
 Kredit schmackhafter zu machen. Die Kreditbedin-
 gungen wurden erleichtert, es wurde versucht, gün-
 stigere Geldquellen zu finden, als es damals das
 Privatkapital war.

Da griffen denn die geistlichen Agrarier wieder
 auf die alte Fesseln zurück, nämlich auf die Regie-
 rung. Der konservativ v. Rendsel-Steinfels bean-
 trugte im Landtag im Verein mit dem Freikonser-
 vativen Fr. Wendt, für den landwirtschaftlichen
 Geldverkehr von Staats wegen eine Bank zu errichten
 und diese Bank mit staatlichen Geldern zu subven-
 tionieren.

Had die Regierung lange wie die Agrarier
 pfliffen. Miquel versprach baldige Hilfe, schnell war
 ein Gesetz ausgearbeitet und schon am 3. Juni 1895
 vom Landtag und kaum 8 Wochen später vom Herren-

ung werden wird. Die Bahn dieses Kometen hat
 Ähnlichkeit mit der des Kometen vom Jahre 1490.
 Anfang September ist er über der Weg zu suchen.

Woran man bei der Lohnzahlung nicht denkt.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich von einem
 Rechtsanwalt schreiben:

„Es ist wohl allgemein bekannt, daß in der
 Reichsgesetzgebung Bestimmungen enthalten sind,
 durch die das sogenannte Truchbium, das ist die
 Verichtigung des Arbeitslohnes durch andere Mittel
 als Geld, wie Vons, Waren und dergleichen, ver-
 boten wird. Doch werden sich wohl Arbeitgeber wie
 Arbeiter in den seltensten Fällen die Frage vor-
 gelegt haben, ob die Gegenstände, die in Deutsch-
 land allgemein in Zahlung gegeben und genommen
 werden, den Bestimmungen der Gewerbeordnung ent-
 sprechen. Nach § 115a der Gewerbeordnung sind
 die Gewerbetreibenden verpflichtet, die Löhne ihrer
 Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar
 auszugeben“. Reichswährung ist das gesetzlich an-
 erkannte Zahlungsmittel, das jeder Gläubiger in
 Zahlung nehmen muß. Durch das Reichsmünzgesetz
 vom 19. Juli 1873 ist für das Deutsche Reich die
 Goldwährung eingeführt. Daneben wurden Reichs-
 scheidemünzen, nämlich Silber-, Nickel- und Kupfer-
 münzen zugelassen. Jedoch ist niemand verpflichtet,
 Reichsilbermünzen im Betrage von mehr als 20 Mk.
 und Reichsnickel- und Kupfermünzen im Betrage von
 mehr als 1 Mk. in Zahlung zu nehmen. Ueber diese
 Beträge hinaus sind also Kupfer, Nickel und Silber
 nicht das gesetzlich anerkannte Zahlungsmittel, keine
 Reichswährung.

Keine Reichswährung sind auch die sogenannten
 Reichskassenscheine, die Zehn- und Fünfmarktscheine,
 da sie nach § 5 des Gesetzes vom 30. April 1874
 nur von den Kassen des Reiches und der Bundes-

Von den Himmelserscheinungen im September.

Von Georg Kachner in Bremen.

(Schonard verboten.)

Mit dem zeitigen Vereintrich der Nacht steht
 die Himmelsbeobachtung wieder ganz im Zeichen
 des Sternhimmels. Im Sommer pfeilt der Himmel
 nicht so sehr zu interessieren, denn man kriegt ja
 seine ordentlichen Sterne mehr zu sehen. Kaum ist
 der Tag herabgesiegen, steht er auch schon wieder
 auf, und der helle Schein aus dem Norden, wo die
 Sonne dicht unter dem Horizont entlang kriecht,
 dämmert während der ganzen Nacht zu uns herüber.
 Eine eigentliche Nacht gibt es gar nicht, nur eine
 dunkle Dämmerung, die bloß wenige Stunden an-
 hält. Aber jetzt funteln die hellen Lichter schon
 wieder ganz anders am Himmel; die helle Dämme-
 rung scheidet sie nicht mehr, nur der Mond kann sie
 mit seinem Licht überfluten. Während er im An-
 fang des Monats noch zeitig am Abend untergeht,
 verspätet er sich damit von Tag zu Tag um rund
 eine Stunde, so daß er vom 8. September ab die
 ganze Nacht den Himmel beherrscht. Von Mitte des
 Monats ab aber entzieht er sich des Abends der Beob-
 achtung, weil er erst in den späten Abendstunden
 aufsteht. Am 8. ist Vollmond. Wer da ein kleines
 Fernrohr zur Verfügung hat, kann mancherlei
 Schönes beobachten. Besonders treten zu dieser Zeit
 die hellen Strahlensysteme hervor, die namentlich
 von Copernicus ausgehen und die Mondtrigel über-
 ziehen wie die weichen Zwischenzäume zwischen den
 Scheiben einer Apfelsine. Als ich einmal auf der
 Berliner Urania vor diesen Jahren ein Fernrohr be-
 aufschlagte, das von dem Publikum benutzt wurde,
 fragte mich allen Erstes einmal eine Dame, ob die
 hellen Streifen wohl die Meridiane seien! Von
 diesen Streifen ist neuerdings durch die Arhenius-
 schen Ansichten über die Konstitution der Mondober-
 fläche wieder viel die Rede.

haus angenommen. So entstand die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse. Die Regierung aber steckte in das neue Unternehmen zuerst 5 Millionen Mark, dann ein Jahr später auf Grund einer neuen Novelle noch 15 Millionen Mark, zusammen also 20 Millionen Mark hinein.

Dadurch hatten die Agrarier eine Quelle gefunden, die auch äußerlich genügende Sicherheit bieten konnte. Es war daher kein Wunder, daß die Geschäfte dieser neuen Bank sich bald ausdehnten. Denn auch die süddeutschen Kreditvereine schlossen sich an. Hier hatte eine ähnliche Entwicklung eingesetzt wie bei den norddeutschen. Auch hier hatten die kleinen Bauern unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden gehabt, Bauernvereine wie Raiffeisen und Huber hatten ihnen aber geraten, sich durch Organisationen nach dem Prinzip der gegenseitigen Unterstützung zu helfen, genau so wie bei den Landchaften die Gesamtheit der Mitglieder für den einen haftet, der Geld brauchte. Aber während die preussischen Landchaften ihr Geld erst auf dem Geldmarkt suchen mußten und daher der Willkür des Kurzes ausgesetzt waren, griff der süddeutsche Kreditverein nur zu seinen eigenen Fonds, denn er war zu gleicher Zeit ein Sparverein. So konnte sein Schatzmeister für das sparende Mitglied das Gesparte sicher anlegen und zu gleicher Zeit die Kreditbedürfnisse befriedigen. Und da der Verein auf demokratischer Grundlage beruhte und seine Geschäfte durch gemeinsame Arbeit erledigte, genau so wie unser Prinzip ist, so führte es die Mitglieder zusammen und weckte in ihnen ein aufererbedeutendes Gemeingefühl. Auch diese Vereine hatten sich bereinigt, denn sie hatten bald herausgefunden, daß dieser Verein Mangel an Fonds für den Kredit hatte, während ein anderer wieder Ueberfluß an Spargeld hatte. Und sie benutzten nun die neue preussische Einrichtung und erhöhten dadurch den Einfluß und zugleich den Kredit der Zentralkasse. Das zog wiederum den vorrichtigen Geldmann an, und wenn er sonst so zweifelhaften Kunden wie den Landchaften sein kostbares Kapital ängstlich verweigert hatte, der hochangesehenen Zentral-Genossenschaftskasse gab er es gerne, denn das war sicher wie Gold. Ein noch ergiebiger Born tat sich dem Agrarier auf, als der Staat der neuen Einrichtung auch noch die Spargelder zur Verfügung stellte und mancher gute Sattler und Portefeuller acht sicher nicht, daß sich mit seinen fauer ersparten Groschen irgendein hochmöglicher Agrarier aus der Verlegenheit hilft, der ihn sonst nur über die Achsel ansieht. So ist es heute den Agrariern gelungen, sich für ihre Bedürfnisse billig Geld zu beschaffen und sie stehen heute beim Geldpublikum in großer Achtung.

Auch als Konsumenten haben die Schluken die Organisation benutzt, und zwar in Form des Konsumvereins. Schon das „Konserbative Handbuch“ verzeichnet mit Befriedigung, daß von 8000 Konsumvereinen 7600, also 95 Proz. landwirtschaftlich sind, und wir müssen ihm zustimmen, wenn es daraus folgert: „Danach hat das Genossenschaftsinteresse

in der Landwirtschaft die weiteste Verbreitung gefunden.“ Unterstützt wird diese Bewegung von der größten und einflussreichsten Organisation der Agrarier, dem Bund der Landwirte. Schon Bödner sagt in seiner lehrreichen Broschüre: „Die agrarische Gefahr“ von diesem Bundesbunde: „Er verkauft Dünger, Futtermittel, Saatgut und landwirtschaftliche Maschinen zu den angeblich billigsten Preisen.“ Es ist noch nicht lange her, daß die freisinnige „Dartungische Zeitung“ vom 26. Juli 1911 den Agrariern vorhielt, daß sie in Halle, Halberstadt, Pögnitz und Bonn Warenhäuser hätten und hier nicht bloß Saatgut und andere landwirtschaftliche Bedarfsartikel, sondern auch Konsumartikel wie Kolonialwaren verkaufen. Dem Bunde selbst war die freisinnige Zeitung vor, daß er zwar nach außen hin leugne, solchen Handel zu treiben, daß er aber in Berlin in der Dessauer Straße eine eigene Vermittlungsjelle halte und dort neben Dünger und anderen für den Landwirt nötigen Dingen auch Bücher verkaufe. Alles das zeigt zur Genüge, daß der Käufer und der Bauer im allgemeinen sehr wohl verstehen, ihr Klasseninteresse zu wahren. Wie ihm als Produzent die Organisation zu teuren Preisen für sein Getreide und sein Vieh verhilft, so schenkt ihm diese Macht auch billigen Kredit und billige Waren zu. Daran sollten wir die heilsame Lehre ziehen, unsere Organisationsmöglichkeiten noch mehr auszunutzen. Uns treibt unsere Stellung in der heutigen Produktion noch viel mehr dazu als die Agrarier.

Denn uns Arbeiter hilft keine Regierung unsere einzige Ware, die Arbeitskraft, so auszunutzen, wie heute die Agrarier ihre Waren dank der Zollpolitik der Regierung ausnützen können. Wir müssen selber sehen, wie wir uns am besten unserer Saat wehren.

Nun haben ja die Leier dieses Blattes schon erkannt, warum sie im Verband sind. Was aber sehr viele Mitglieder noch nicht erkannt haben, ist die Wahrheit, daß sie nun auch schon ein hohes Interesse daran haben, den Verband finanziell so leistungsfähig wie möglich zu machen. So manches Mal hätten wir den Arbeitgebern den Hebelhandstich getrost hinwerfen können, wenn unsere Kasse nur besser bestellt gewesen wäre. Mancher Kollege, der heute über die wenigen Ertragsenschaften schimpft, mußte an seine eigene Brust schlagen. Sollte er nur nicht mit anderen zugleich stets für mehrere Beiträge gestimmt, so hätten sich auch „die Bremer“ nicht scheut, mal etwas zu riskieren. Aber da wenig in der Kasse war, so scheute sich die Mehrzahl, damit in den unsicheren Kampf einzutreten und der Kollege mußte mit wenigem zurechtfinden sein. Dazu kommt, daß der Kollege ja für seinen Beitrag Gegenleistungen bekommt, wie sie wenige Klassen bieten können. Unsere ganzen Versicherungsanstaltungen sind so ärmlich, daß man ruhig sagen kann, der Groschen, den ich für diese Einrichtung hingebe, kommt mir mehr als doppelt wieder heraus. Je mehr wir also dazu beitragen, desto höheren Gewinn ziehen wir daraus, desto mehr Schutz genießen wir während der Arbeitslosigkeit, desto mehr verbessern wir dadurch unsere Lage.

Auch könnte sich der Gewerbetreibende darauf nicht berufen, daß er die Zahlung mit den oben erwähnten Surrogaten für erlaubt gehalten habe; denn Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Strafe.

Erbedlich dagegen wäre ein Irrtum des Gewerbetreibenden darüber, was unter dem Begriff der Reichswährung fällt, wenn er zum Beispiel glaubt, der Reichsschatfenschein sei ein gesetzliches Zahlungsmittel. Dann wäre dies ein Irrtum über eine Frage, die nicht dem Gebiete des Strafrechts angehört, und daher einer Unkenntnis vom Vorhandensein von Tatumsständen, die zum gesetzlichen Tatbestand des Diebstahls gehören, gleichzustellen. Der Gewerbetreibende würde in diesem Falle gemäß § 59 Absatz 1 des Strafgesetzbuches wegen Heberletzung des § 115 der Gewerbeordnung nicht bestraft werden können.

Diese juristische Abhandlung hat nur akademischen aber gar keinen praktischen Wert, denn den Arbeitern ist es gleich, ob sie ihren Lohn in Silbergeld oder in Reichsschatfenschein erhalten, die Hauptsache bleibt, daß er auskömmlich ist. Von Arbeitern wird ein Unternehmer, der sich der Reichsschatfenschein als Entlohnungsmittel bedient, nicht angezeigt werden. Auf der anderen Seite wird der Staat seinen Beamten heutzutage, der den Akt der Lohnzahlung bewacht und kontrolliert, ob nicht gegenwärtige Zahlungsmittel angewendet werden. In vielen Fällen wäre aber doch eine polizeiliche Bewachung der Lohnzahlungen dringend notwendig. So ist es nicht Seltenes, daß der Lohn in Wechselmarken ausgezahlt wird, die nur von bestimmten Händlern in Zahlung genommen werden, wodurch die Arbeiter gezwungen sind, minderwertige Ware zu kaufen. Ein Fall wurde uns mitgeteilt, nach welchem ein Unternehmer der Holzbearbeitungsbranche bei Sommerfeld in der Niederlausitz im Juli d. J. den Lohn in Finsdupons der preussisch konsolidierten Staatsanleihe, die erst am 2. Januar 1912 fällig

Wenn wir also am Beitrage sparen wollen, so sparen wir auf Kosten unserer Stellung in der Produktion und bringen uns dabei um so manchen Groschen Unterstützung, der uns in den trüben Zeiten der Arbeitslosigkeit und Armut so schon zur Hilfe kommt.

Aber auch als Konsumenten sollten wir den Agrariern nachstreben. Denn wir sind auch hier bedeutend schlechter gestellt als sie. Meist doch unserer Lohn in den meisten Fällen gerade soweit, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen, und die spärliche Dausierung des Arbeiters muß daher ganz anders rechnen wie die Frau des Agrariers.

Aber auch uns sind die Konsumvereine daher mindestens ebenso nützlich wie ihnen. Denn sie ersparen uns durch ihren gemeinsamen Einkauf den Extra profit des Krämers, es, wenn sie genügend stark geworden sind, den oft sehr hohen Gewinn des Großhändlers. Denn sie legen dann selbst eigene Bäckereien, Schlächtereien und Seifenfabriken an. Je mehr Arbeiter nun in diesen Organisationen sind, desto günstiger können diese einkaufen, desto billiger die Waren den Mitgliedern abgeben. Je weniger Mitglieder aber, desto schlechter der Einkauf, desto geringer der Vorteil für die Mitglieder, desto geringer die Aussicht für den Arbeiter, dadurch der Profitierer des Krämers und der Ausbeutung durch den Großhandel zu entgehen. So scheidet sich der Arbeiter ins eigene Fleisch, wenn er diese Organisationsmöglichkeit nicht ausnützt. Und selbst wenn die Konsumvereine heute noch nicht auf der Höhe sind, so wären wir Toren, wenn uns das abhalten würde, denn Kom ist auch nicht an einem Tage erbaut, und wenn wir alle mitarbeiten, so können wir auch den zurückgebliebenen Konsumvereinen bald soweit vorwärts bringen, daß er allen Wünschen gerecht wird. Dazu kommt, daß der Konsumverein uns bei Streiks und Aussperrungen helfen kann.

Eine dritte Organisationsmöglichkeit bietet sich uns heute in den Vorschlägen des Gewerkschafts-Kongresses, besondere Versicherungen einzuführen und so den teuren Versicherungsgesellschaften dadurch das Wasser abzugraben. Auch hier bieten sich dem Flug, weislichen Arbeiter wieder bedeutende Vorteile. Er muß nur zugreifen, denn von dieser Organisation gilt das Wort, je mehr Mitglieder, desto besser für den einzelnen.

Lernen wir daher von den Agrariern! Nutzen wir die Lehren unserer Führer und bauen wir unser Leben, das Leben unserer Kinder auf den festen Fundamenten der Organisation. Und die Zeit drängt, ja zwingt uns dazu. Unsere Klassengegner haben auch den Wert der Organisation erkannt und stärken dadurch ihre Macht. Wollen wir ihnen Stand halten, wollen wir gar über sie siegen, so gibt es nur eins: auch unsere Organisationen ausbauen, durch sie uns stärken, daß wir auf festen Füßen stehen. Darum folgt unserer Devise: Alle Berufs-genossen hinein in den Sattler- und Portefeullerverband, hinein in die Konsumvereine! Kreflin.

staaten in Zahlungen genommen werden müssen. Sie sind lediglich auf den Inhaber lautende Schuldscheine des Reiches. Ähnlich verhielt es sich mit den Reichsbanknoten. Nach § 2 des Reichsbankgesetzes bestand überhaupt für niemand ein Zwang, sie in Zahlung zu nehmen, doch waren die oben genannten Klassen im Verwaltungswege zur Annahme derselben angewiesen. Erst seit dem 1. Januar 1910 sind nach der Novelle vom 1. Juni 1909 Reichsbanknoten als gesetzliches Zahlungsmittel zu verwenden. Damit sind also Reichsbanknoten zur Reichswährung geworden.

Ein Gewerbetreibender, der den Lohn seiner Arbeiter durch Silbergeld im Betrage von mehr als 20 Mk., Nickel und Kupfer im Betrage von mehr als 1 Mk. oder durch Reichsschatfenscheine berichtigt, verstößt gegen die Vorschrift des § 115a der Gewerbeordnung. Eine Einwilligung des Arbeiters in diese Art der Lohnberichtigung würde unerheblich sein, da gemäß § 117 Absatz 1 der Gewerbeordnung Verträge, die dem § 115 zuwiderlaufen, nichtig sind. Er kann gemäß § 116 der Gewerbeordnung zu jeder Zeit Zahlung nach Maßgabe des § 115 verlangen, ohne daß ihm eine Einrede aus dem an Zahlungsstatt Gegebenen entgegengesetzt werden kann. Letzteres fällt, soweit er noch bereichert, der Kasse zu, der er angehört.

Gemäß § 146 Nr. 1 der Gewerbeordnung werden Gewerbetreibende, welche dem § 115 zuwiderhandeln, mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk.; im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Daß der Arbeiter durch die Verichtigung seines Lohnes in Reichsschatfenscheinen nicht geschädigt wird, ist belanglos, da eine Schädigung des Arbeiters durch das Zahlungsurrogat nicht Voraussetzung der Strafbarkeit ist. Ebensovienig ist die Strafbarkeit durch den Nachweis, daß auf den Arbeiter ein Zwang zur Annahme des Zahlungsurrogates ausgeübt worden ist. Demnach kann selbst eine unerzwungene Einwilligung des Arbeiters die Strafbarkeit einer Lohnzahlung mit Zahlungsurrogaten nicht ausschließen.

sind, ausgezahlt hat. Bei einem Wochenlohn von höchstens 17-20 Mk. müssen die Arbeiter zu den Krämern laufen, welche diese Kupons, die ab 2. Januar 1912 einen Wert von 17,50 Mk. haben, nach langem Bitten für 16,50-17 Mk. in Zahlung nehmen. Unter Murren tragen die Arbeiter den Verlust, fürchten aber jeden Organisationsversuch, weil dieser profitwütige Unternehmer jeden unachtsamlich entläßt, der es wagt, einer Gewerkschaft anzugehören. So missachten patriotische, staats-erhaltende Unternehmer Recht und Gesetz.

Gleichnis.

Von Friedrich Haerdt.

Schlag' ein Pferd — es schlägt dich wieder,
Ebenso macht es die Kuh;
Red' den Stier — er stößt dich nieder,
Auch der Bod' rennt auf dich zu.

Faß den Hund nicht an den Ohren,
Denn er beißt und fällt dich an;
Laß die Schlange ungeschoren,
Denn sie wehrt mit ihrem Zahn.

So die Dienen, so die Knecht,
So ein brutbeschützend Fuhr;
Nene stehen, diese tragen,
Willst du ihnen etwas tun.

Und so wehrt sich seiner Feinde
Jedes, auch das dümmste Tier.
Jeder Ochs in der Gemeinde,
Jeder Esel schlägt nach dir.

Nur die Menschheit, nur das fromme
Volk, das dumme, wehrt sich nicht;
Läßt sich peinigten und plagen,
Duldet Schläge ins Gesicht.

437702 Mark

zahlte der Verband der Sattler und Portefeuller in der Zeit vom 1. Januar 1909 bis zum 30. Juni 1911 seinen Mitgliedern an Unterstützungen aus und zwar für: Streiks und Lohnbewegungen 100 455,46 Mk., Gemäßregelten 14 952,73 Mk., Unterstützung an Reisende 16 506,96 Mk., Arbeitslose 126 328,82 Mk., Arbeitsunfähige (Kranke) 154 633,77 Mark, Beerdigungsbeihilfe 12 464,80 Mk., Ueberliederungsbeihilfe 5 445,11 Mk., Notfallunterstützung 1 428 Mk., Sonstige Unterstützungen 2 646,51 Mk., Rechtschutz 2 839,84 Mk.

13 537 Berufsgenossen gehören bereits unterm Verbands an, der über ein Gesamtvermögen von 423 736,34 Mk. verfügt.

Erwerbsverhältnisse der Wagenfattler Deutschlands im Jahre 1910.

Vorher ich auf die vorliegende Statistik näher eingehe, sei folgendes vorausgeschickt. Die Aufnahme von Statistiken gehört wohl zu den schwierigsten und zeitraubendsten Aufgaben einer Organisation. Seit Weichen unseres Verbandes kann man wohl nur die vom Jahre 1892 und 1905 als einigermaßen brauchbar ansehen. Hoffen wir, daß die von 1910, von seiten des Zentralvorstandes veranlaßt, ein möglichst genaues Spiegelbild von der Lage unseres Berufes gibt.

Nicht nur von zentraler Seite, sondern auch von örtlicher und von den Tarifkommissionen, so auch von der der Wagenfattler sind Statistiken aufgenommen worden für die Jahre 1908, 1909 und 1910. Das für die Jahre 1908 und 1909 ausgegebene Material ging, abgesehen von einigen Verwaltungsstellen, so ungenügend ein, daß von einer Veröffentlichung abgesehen werden mußte. Um diesem Uebel zu steuern, beauftragte ich für 1910 die Gauleiter mit der Ausgabe und Einziehung des Materials. Durch den persönlichen Verkehr der Gauleiter mit den Verwaltungsstellen glaubte ich das Material prompter und zahlreicher einzubekommen. Das Gegenteil ist Tatsache. Abgesehen vom Gau Leipzig und Stuttgart sowie Hamburg ist trotz redlicher Mühe der betreffenden Gauleiter gar kein oder nur sehr wenig Material eingegangen. Wenn die Tarifkommission sich dennoch entschloß, daselbe zu veröffentlichen, so aus dem Grunde, um die Kollegenchaft doch schließlich für statistische Arbeiten zu interessieren.

Dies möchte ich Bezug nehmen auf den Artikel in Nr. 32 unseres Organs über: „Förderung der Brancheninteressen“. Obwohl es innerhalb einer Organisation für alle Branchen nur ein Interesse, und zwar die Erlämpfung besserer Lebensbedin-

gungen gibt, die zu erringen in erster Linie die örtliche sowie zentrale Leitung verpflichtet ist, so können Initiativen wie die Tarifkommissionen einen guten Teil dazu beitragen. Alle in dem Artikel aufgeführten Vorschläge lassen sich aber nur verwirklichen, wenn die Kollegenchaft auch die an sie gestellten Anforderungen erfüllt. Wer Anregungen ausstellen soll, muß auch solche empfangen; wie sieht es damit aber aus. In den seltensten Fällen wird die Tarifkommission über Lohnbewegungen, Tarifabschlüsse, Lage des Arbeitsmarktes, Beantwortung des statistischen Materials usw. unterrichtet.

Die Veranstaltung einer Wagenfattlerkonferenz ist schon im Jahre 1906 angeregt worden. Werden solche Konferenzen gewöhnlich überschätzt, so können sie auch unterschätzt werden. Der moderne Großbetrieb mit seinen nach Millionen zählenden Kapitalien stellt einen Gegner dar, der mit einer Geschlossenheit bei einem eventuellen Kampf angegriffen werden muß wie bei keiner anderen unjurer Branchen. Schon der Umstand, daß die Automobilfabriken ihre Filialen über das ganze Reich ausdehnen, wodurch die Kollegenchaft bei einem eventuellen Kampf gegeneinander ausgespielt wird, läßt eine gemeinsame Aussprache über Festlegung gemeinsamer Richtlinien wünschenswert erscheinen. Von Vorteil wäre auch ferner, wenn der Zentralvorstand über Fragen, die die Branche speziell betreffen, sich mit der Tarifkommission ins Einvernehmen setzen würde.

Zur vorliegenden Statistik ist, wie schon vorhin angeführt, von den Gauleitern das Material ausgehen und eingezogen. Während es in Deutschen Reiches ungefähr 70 Orte mit nennenswertem Wagenbau gibt, sind nur von 31 Orten Berichtsbogen eingegangen. Ermittelt wurden 106 Betriebe mit 781 Beschäftigten, darunter 10 Frauen in Delmenhorst und 2 in Colmar. Organisiert waren 595 Kollegen, darunter 11 Frauen, von den 38 Lehe-

lingen waren 5 organisiert. Nicht organisiert waren 166 Kollegen. Im Lohn waren 588, im Akkord 173 beschäftigt. Die längste Arbeitszeit einschließlich der Ueberstunden betrug in Berlin mit 80 Stunden, gleichfalls auch die niedrigste mit 52 Stunden.

Der höchste Stundenverdienst im Akkord betrug 114 Pf. in Berlin, der niedrigste im Akkord betrug 38 Pf. in Ronneburg.

Der höchste Stundenverdienst im Lohn betrug 87 Pf. in Berlin, der niedrigste im Lohn betrug 24 Pf. in Colmar.

Der höchste durchschnittliche Stundenverdienst im Akkord wurde mit 81,5 Pf. in Berlin, der niedrigste mit 38,65 Pf. in Ronneburg erreicht.

Für die weiblichen Arbeiter betrug der Stundenlohn in Delmenhorst 27 Pf., in Colmar 30 und 20 Pf. Auf Automobile arbeiteten 453 Kollegen, auf Luxuswagen arbeiteten 122 Kollegen. 188 Kollegen arbeiteten auf beide Wagenkategorien.

Im Tarifverhältnis stehen die Kollegen der Orte Köln, München, Leipzig, Barel (Lidenburg), Ruffelsheim. Außerdem bestehen noch in verschiedenen Orten sogenannte Akkordtarife, die aber leicht willkürlichen Änderungen unterworfen sind.

Alles, was in Bezug auf Ueberstunden, das Alter der Kollegen, die Anzahl der zu ernährenden Familienmitglieder zu sagen ist, stimmt mit der Berliner Statistik, welche in Nr. 2 dieses Jahres veröffentlicht ist, überein. Oftmals lange Ueberstunden, während ein Teil Kollegen zum Feiern gezwungen ist und die Mittel des Verbandes in Anspruch nehmen muß. Ist es schon in Berlin eine Seltenheit, wenn ein Kollege von 50-60 Jahren im Wagenbau beschäftigt wird, so trifft das für andere Orte noch mehr zu. Deshalb möchte ich meine Ausführungen mit denselben Worten, wie in Nr. 2 unseres Organs, schließen: Kollegen, mühet die Zeit, denn mit 46 höchstens mit 50 Jahren, werdet ihr zum alten Eisen geworfen. Darum schließt euch enger und fester eurer Berufsorganisation an, damit es euch möglich werde, wenigstens für die kurze Spanne Zeit, in der ihr eine gefuchte Ware seid, auskömmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu haben, damit es in Zukunft keinen unorganisierten Wagenfattler gibt. Dann, aber auch nur dann werden wir dem Ziele näher kommen, welches wir uns gesteckt haben.

Erwerbsverhältnisse der Wagenfattler Deutschlands im Jahre 1910.

Ort	ermittelte Betriebe		Zahl der Beschäftigten		organisiert	nicht organisiert	in Lohn beschäftigt	in Akkord beschäftigt	Arbeitszeit einschließlich d. Ueberstunden			Ergiebt Stundenverdienst im Akkord			Ergiebt Stundenverdienst im Lohn pro Stunde			Proz. der Ueberstunden	Brot- / Einnahmearbeit auf kurzfristige Beschäftigte	auf Ueberstunden Beschäftigte	Wahntimer	
	längste	stärkste	durchschnittliche	höchster					niedrigster	durchschnittlicher	höchster	niedrigster	durchschnittlicher									
Altenburg	2	3	1	2	3	—	60	60	60	—	—	—	41,8	35	37,5	25	—	—	3	—		
Apolda	1	10	9	1	—	—	10	57	57	57	56	46,5	53,8	—	—	18	—	10	—			
Berlin	86	268	205	58	189	04	80	52	54,6	14	55	81,5	87	39	61,3	20	200	63	14			
Braunschweig	1	6	3	3	3	—	57	54	56	—	—	—	49,3	42	53,35	25	50	14	7			
Bremen	8	21	18	3	21	—	64,5	54	56,3	—	—	—	63,8	42	53,35	25	50	14	7			
Cannstatt	1	10	10	—	10	—	61	61	61	—	—	—	58	47,3	36	25	—	10	—			
Chemnitz	3	8	7	1	8	—	61,5	50	60	—	—	—	50	39	45,5	10	—	—	1			
Colmar	1	14	12	2	14	—	60	60	60	—	—	—	63,8	24	43,5	—	—	—	—			
Crimmitschau	2	5	3	2	5	—	66	63	64,2	—	—	—	53	29	39	—	—	—	—			
Delmenhorst	1	24	23	1	24	—	57	57	57	—	—	—	65	42	49	—	—	24	—			
Dresden	6	83	20	13	83	—	64,5	54	58	—	—	—	60	35	50,19	—	—	—	8			
Eisenach	1	9	9	—	9	—	87,8	54	55	58	47	52,3	30	30	30	15	20	6	8			
Gaggenau	1	15	7	8	10	—	59	59	59	65	55	82	40	36	38	—	—	15	—			
Gera	3	15	9	6	15	—	63	60	61	—	—	—	60	27	39	—	—	11	4			
Göhrnitz	2	2	2	—	2	—	64	63	63,5	—	—	—	42,2	31,7	37	—	—	—	2			
Hamburg	7	21	7	14	14	—	60	57	57,3	—	—	—	65	43,3	53,25	25	—	—	—			
Hannover	2	11	11	—	11	—	69	59	60	—	—	—	47	30,8	42	25	—	5	6			
Heilbronn	4	23	23	—	20	—	60	58,5	58	—	—	—	60	30	47,4	—	—	21	2			
Kiel	3	6	4	2	6	—	60	54	54,1	—	—	—	63	54	55,9	26	—	—	2			
Leipzig	4	80	23	7	29	—	174,5	54	56,8	—	—	—	58	35	50	—	—	—	—			
Magdeburg	1	4	1	3	4	—	60	60	60	—	—	—	45	40	42,5	—	—	1	8			
Mannheim	1	48	36	10	38	—	60	60	60	75	70,2	51	75	52,43	45	—	—	46	—			
Marktaufstadt	1	9	8	1	9	—	54	54	54	—	—	—	65	35	49,5	10	—	—	—			
Merane	2	6	6	—	6	—	63	60	60,5	—	—	—	68	30	38	25	—	—	8			
München	11	61	49	12	61	—	56	53	53,2	—	—	—	67	41	53,9	25	50	—	5			
Potsdam	1	10	9	1	1	—	63	53	53	—	—	—	—	—	—	—	—	1	9			
Riefa	1	1	1	—	1	—	64	64	64	—	—	—	39	39	39	—	—	—	1	2		
Ronneburg	1	11	6	5	6	—	63	59	61	42,5	38	63,65	—	—	—	10	—	11	—			
Stuttgart	1	11	9	2	11	—	62,5	57	57,2	—	—	—	60	38	40,50	25	—	—	11	—		
Unterrirheim	1	63	54	9	63	—	54	54	54	—	—	—	60	40	51,4	25	—	—	63	—		
Varel (Lidenburg)	1	10	10	—	10	—	60	59	59,3	—	—	—	50	34,5	47,3	25	50	10	—	—		
Summa (81 Orte)	106	781	595	166	588	173	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	453	122	138

Die internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911.

Seit Erscheinen des ersten Artikels in unserer Zeitung hat die Besucherzahl die dritte Million überschritten; dies ist wohl der beste Beweis, wie groß das Interesse aller Schichten der Bevölkerung für die Ausstellung ist. Durch die Gewerkschaften sind Karten zu 50 Pf. zu beziehen, weshalb sich auch die Arbeiter einen öfteren Besuch der Ausstellung leisten können. Ist doch die Gesundheit des menschlichen Körpers das höchste Gut. Jeder kann und soll in der Ausstellung lernen. Besonders der moderne Arbeiter soll in der Ausstellung studieren, was zu einem menschenwürdigen Dasein gehört.

In der deutschen Ausstellung wurden Unterabteilungen eingerichtet: Der Mensch, seine Nahrung, Kleidung, Wohnung, Beruf und Arbeit, Sport und Krankheiten. Die ausländischen Pavillons, von denen England, China, Japan, Rußland, Spanien, Oesterreich, Italien, Ungarn, Schweiz, Belgien und Frankreich vertreten sind, befinden sich auf einem Teile des „Großen Gartens“ in der Herulesallee. Diese heißt jetzt Völkerrevue oder Völkerstraße, abends wird sie von tausenden elektrischen Lampen erleuchtet. Die ausländischen Staaten haben die sicher sehr hohen Kosten nicht gescheut, um den Besuchern Sehenswerthes vorzuführen. Doch ist die fremdsprachige Bezeichnung der ausgestellten Gegenstände ein Uebelstand. Wanderer Besucher steht vor den Bildern und Tabellen und weiß nicht, was er damit anfangen soll. Oesterreich, die Schweiz und Rußland machen hieron eine Ausnahme, indem hier alles

*) Siehe Nr. 29 vom 21. Juli 1911.

15000 Mitglieder

muß der Verband der Sattler und Portefeuller zur nächstjährigen Generalversammlung in München zählen. Dies Ziel zu erreichen verpflichtet jedes Verbandsmitglied tatkräftig zu agileren und unter den unorganisierten Berufsangehörigen werbend für den Verband zu wirken.

Nur starke Arbeiter-Organisationen, deren Mitglieder Solidarität üben und vom Klassenbewußtsein durchdrungen sind, bürgen für den Weltfrieden, sind ein lebendiger Protest gegen jede Lebensmittelverteuerung!

deutsch bezeichnet ist. Während man in den meisten Pavillons den Eindruck hat, als gebe es in den betreffenden Ländern nur Krankenhäuser, Säuglingsheime, Erholungsheime und Fürsorgeeinrichtungen für Geisteschwache und alte Leute, sucht man im chinesischen Pavillon dergleichen vergebens. Hier findet man nur Pelzwaren, wundervolle, farbenprächtige Seidenstoffe, kunstvolle Stickereien und Schnitzereien, Musikinstrumente, silberne und goldene Schmuck- und Feinwerkzeuge, die feinsten Rippfächer, Perlenschmuck, Fächer und Teppiche. Lebensmittel und Erzeugnisse des Landes sind das einzige, was mit Hygiene zu tun hat. Neben dem Hauptpavillon ist noch ein kleiner chinesischer Pavillon eingerichtet, der so schön ist, daß man nur hineingehen darf. Die feinsten Karpen, Teppiche und Vorhänge, blauweiße mit Gold bestickte Polstermöbel und Kissen, schwarze mit Perlmuttern eingelegte Schränkchen, Tische und Stühle, goldene Spiegel und bunte Fenster zeigen chinesischen Geschmack und Reich. Jeder Besucher weiß gern einen Augenblick hier; es ist sozusagen eine kleine Erholung nach dem vielen Ernten, was man überall sieht.

In Japan findet man eine große Menge Einrichtungen, die zum Schutze der Arbeiter dienen. Hier sind auch sehr viel Sattlerwaren ausgestellt, Verbandsstoffe mit vielen Extrasachen und Behältern für Flaschen, die beim Militär Verwendung finden, Ausstattungsgegenstände für Lazarette und Militär. Ein großer Verbandsplatz ist angelegt, wo unter den schwierigsten Verhältnissen in den Bergen, wie es im russisch-japanischen Kriege der Fall gewesen ist, die Verwunden transportiert werden müssen. Die Ausrüstungen, Rettungsapparate und Verpflegung der Schiffsmannschaften ist eingehend erläutert und veranschaulicht.

In Oesterreich finden wir, daß die Gewerbetreibenden als Anwälte der Arbeiter gerechnet werden, da dieselben sich in das Leben der Arbeiter vertiefen und die Sozialpolitik besser studieren als in Deutschland. Durch lehrreiche kinematographische Vorführungen werden Unfallverhütungen erklärt. Das Schulartzweigen ist hier bedeutend besser als bei uns, sogar in den Fortbildungsschulen in Wien finden seit 1910 ärztliche Untersuchungen und Befehlungen durch Gewerbeschularärzte statt. Im ersten Jahre sind 3400 Befehle, davon 20 Proz. Mädchen, der ärztlichen Untersuchung unterzogen worden. Eine weitere Anzahl Bilder zeigen Rettungsstationen. In den größten Städten sind auch in den kleinsten Dörfern, überall sind solche vorhanden. Die staatlichen Betriebe der Eisenindustrie sowie der Tabakmonopole zeigen ihre Arbeiterkolonien und Arbeiterbewahranstalten mit ihren musterzüglichen Einrichtungen. Die Säuglingsheime sind meist durch verfeinerte Modelle dargestellt. Diese sind oben offen, so daß man bequem hineinschauen kann. Das hygienische Institut der Umversität in Graz zeigt Modelle über Wasser- und Zentralheizung und Ventilationsanlagen. Damit die Kollegen, welche die Ausstellung nicht besuchen, sich vorstellen können, wie die Wohlfahrtseinrichtungen den Besuchern der Ausstellung ins rechte Licht gerückt werden, sei das Ausstellungsobjekt der I. I. Tabakregie angeführt: Abteil einer Säuglingsanstalt neuer Type, Modell einer Säuglingsanstalt älterer Type, Modell der Wabeanstalt, Modell der Speiseanstalt, Modell der Suppen-, Milch- und Kaffeeanstalt, Projektpläne: Arbeiterhaus, Arbeiterkaffeeanstalt, Suppenanstalt. Pläne bestehender Anstalten: Arbeiteraborte, Arbeiterbäder, Arbeiterhäuser, Arbeiterkaffeeanstalten.

Staubsaugungsanlagen. Graphische Darstellungen über Arbeitszeit, Lohn und Wohlfahrtseinrichtungen.

Photographien: Speiseaal, Arbeiterpark, Arbeiterhäuser, Vorgarten (Suppenanstalt), Marienkapelle im Arbeiterpark, Gartenanlage, Arbeiterbad, Arbeiteraborte, Schneidemaschinen mit Staubsaugung, Zigarettenmaschinen mit Staubsaugung, ärztliches Untersuchungszimmer, Kaffeekeise, Speiseaal, Verbindungsgang, Suppenausgabe, Geldleistungen der Tabakregie für Wohlfahrtseinrichtungen usw.

Hier finden wir auch eine reichhaltige Sonderausstellung der durch Elektrizität und Mißschläge verursachten Schäden. Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Prostitution und Geschlechtskrankheiten hat ihr Material ebenfalls ausgestellt.

Im ungarischen Pavillon bekommt jeder Besucher einen Wegweiser und kann sich so leicht zurechtfinden. Die Hauptsache sind hier die vom Ministerium des Innern ausgestellten Sanitätsabteilungen, Kinderasyle, die Engländer der Zuchthäuser, Blindenfürsorge, Lungenheilstätten usw. Die Kleidung der Pflegelinge und Schwestern, die Betten, die Arbeiten der Blinden und Geisteskranken ist immer daselbe. Ein großes Augenmerk richtet die ungarische Regierung auf die verlassenen Kinder. Diese werden ohne weiteres angenommen. So wurden im Jahre 1910 in 17 Kinderasyle 16372 Kinder beherbergt, die bis zum 15. Jahre erzogen werden.

Der russische Pavillon, eines der größten Gebäude, beherbergt eine Unmasse der bereits meist schon angeführten Gegenstände, Bilder, Tabellen und Modelle. Aus der Lederfabrikation sei hier angeführt: Große Wasserstiefel, Anzüge aus Leder, Ausrüstungsgegenstände für Sanitätsmannschaften, z. B. ein paar große Kaktaschen, die mit Kiemen genäht sind, sowie andere Sattlerwaren. — Die Bekämpfung der Tuberkulose, welche auch in Rußland große Opfer fordert, ist ebenfalls erwähnt. Traurige Verhältnisse zeigt eine russische Arbeiterhütte. Hier treffen die Worte zu, daß die Schweinehälften oft besser sind als Arbeiterwohnungen. In dieser Hütte fertigt ein Seimarbeiter Filzhüte an, wozu bis zum Jahre 1903 Luedsilber in großen Mengen verwendet wurde. Die Folgen der Vergiftungen waren so grauenhaft, daß mit allen Mitteln gearbeitet wurde, um das Quecksilber bei der Fabrikation auszuscheiden und durch Erzstalt zu ersetzen. Aber an der Halsstarrigkeit der Unternehmer mußte der Industriezweig zugrunde gehen, da die Waren, die quecksilberfrei angefertigt waren, boykottiert wurden. Gegenwärtig wird in der ganzen Luftfabrikation Quecksilber nicht mehr verwendet. Diese Branche umfaßt 300 000 Arbeiter, welche teils in Fabriken, teils als Heimarbeiter unter den traurigsten Verhältnissen leben. Aber auch sonst ist mit der Offenlegung der traurigen Lage der russischen Kleinbauern und Arbeiter nicht zurückgehalten. Bei den Bildern, welche Ereignisse aus den Cholera- und Pestepidemien veranschaulichen, sieht man schon durch die immer wiederkehrenden Schneelandschaften, daß es sich um Rußland handelt.

Der Schweizer Ds, ein anmutiges Landhaus, trägt die Inschrift: „Als Demut weint, und Hochmut lacht, da ward der Schweizer Bund gemacht.“ Hier sehen wir gleich am Eingang ein paar vollstän- dig ausgerüstete Pferde mit Krankentragen, Sanitätsausrüstungen, sogar ganze Feldküchen werden von den Pferden fortgeschafft, da in den Schweizer Bergen das Fahren mit Wagen unmöglich ist. Die Statistiken über die Verbreitung der verschiedenen Krankheiten, welche sich in jedem Pavillon vorfinden, zeigen hier, daß in der Schweiz die Lungentuberkulose nicht so häufig vorkommt, da die Luftverhältnisse sehr gute sind, wohl aber haben die Geschlechtskrankheiten einen sehr ernsthaften Charakter angenommen, was aus der Sonderausstellung zu ersehen ist.

Großbritannien, welches sich nicht an der Ausstellung beteiligen wollte, hat doch alles aufgegeben, um nicht zurückzutreten. England bemüht sich hauptsächlich um die Jugenderziehung. So finden wir hier die jungen Leute bei allen Arten von Sport auf Bildern vorgeführt. Die Krankenhäuser und Heilstätten sind so musterzünftig, wie sie wohl sonst kein Land aufzuweisen hat. Die in England weiterverbreitete, durch ihre Melkame bekannte Rettungsgesellschaft „Seilsarmee“ zeigt dem Besucher ihre Leistungen. Die Rettungsapparate, die bei Bergwerksunfällen angewendet werden, sind in Menge vorhanden. Die ausgestellten Militärausrüstungsgegenstände lassen nicht viel über den Stand der Sattlerei in England erkennen. Die Lornter sind von Leder oder Segeltuch. Die Patronentaschen

sind unseren neuen ähnlich. Auch Purenägel sind ausgestellt. Große Tabellen zeigen die Verhältnisse in den Kolonien Englands; die wichtigsten Erzeugnisse derselben und die Bekämpfung der dort am häufigsten vorkommenden Krankheiten.

In einem vornehmen weißen Bau mit verschiedenen offenen Säulengängen kommt man in die Ausstellung von Frankreich. Im Hauptsaal mit der in mattem Gelb gehaltenen Innendekoration befindet sich als Deckenrelief die Hauptstadt Paris. Unter Springbrunnen, inmitten von Palmen und Blumengruppen, sind Kubebänke angebracht. Von hier aus kann man bequem Paris überdauern. Interessant ist auch die verfeinerte natürliche Färbung der Wasser- und Luftreinigung von Paris. Das Wasser fließt durch eine Anzahl Sandschichten und kommt so gereinigt in die Leitungen. Anlagen über Mildererkrankungen, Modelle von Krankenhäusern und des Kaiserlichen Instituts sind ausgestellt. Von letzterem zeigen Bilder, wie das Heilserum von den Tieren gewonnen und dann den Menschen eingeimpft wird. Auch die Versuche an Tieren, „die Vivisektion“, wird an ausgestopften Tieren gezeigt.

In Brasilien wird der Kampf gegen das gelbe Fieber veranschaulicht. In einem Molliebäuschen liegt ein Gelbfieberkranker. Türen und Fenster sind durch Drahtgitter geschützt, damit die Dasselstiegen nicht zu dem Kranken können, da diese Insekten die ansteckenden Krankheitsbazillen weiter verbreiten. Allerlei Schlangen und giftige Reptilien sind in Spiritus aufgefertigt zu sehen, ebenso Geräte zur Landwirtschaft und Fischerei.

Italien zeigt meist nur Landkarten über die verschiedenen Länderstrichen, die Erzeugnisse derselben sowie die Arten der Erkrankungen, unter denen auch die Geschlechtskrankheiten am häufigsten angetroffen sind. Italien ist ferner das Land, in welchem die traurigsten Verhältnisse auf dem Lande herrschen.

Einen eigenen Pavillon hat die Stadt Amsterdamm errichtet, der erst in der letzten Zeit voll ausgestattet worden ist. Verschiedene fahrbare Krankentragen und Verbandskästen bilden die Hauptausstattungsgegenstände, sonst sind nur noch Tafeln und Tabellen über Wasser- und Luftreinigung, Krankenhäuser und Wohlfahrtseinrichtungen vorhanden.

Von Spanien läßt sich nichts schreiben, da dieser Pavillon noch nicht eröffnet ist. Es könnte noch viel aus den verschiedenen Ländern angeführt werden, da aber alles so oft sich wiederholt und von allem so viele Modelle und Bilder ausgestellt sind, würde es nur eine Art Inbalthverzeichnisses werden. Wenn wir am Schluß einen Vergleich betreffs des Arbeiterhauses und der Wohlfahrtseinrichtungen anstellen, so stimmt es durchaus nicht, wenn immer gesagt wird, Deutschland stehe an erster Stelle. Wir haben Länder, wie England, Oesterreich und Frankreich, die uns weit überholt haben. Die Delegierten des Kongresses für Naturheilkunde und Volkswohlfahrt, welcher Mitte August in Dresden tagte, haben schwere Vorwürfe gegen die Leitung der Ausstellung erhoben, weil sie durch ihre Bedingungen es ihnen unmöglich gemacht hatte, sich an der Ausstellung zu beteiligen.

D. R.

Dresden.

In die Empfängerinnen.

Von Friedrich Theodor Wisler.
Weichheit ist gut an ihrem Ort,
Aber sie ist kein Lösungswort,
Kein Schild, keine Klinge und kein Griff;
Kein Ranzer, kein Steuer für dein Schiff,
Du ruderst mit ihr vergebens.
Kraft ist die Parole des Lebens;
Kraft im Zuge des Strebens,
Kraft im Wagen,
Kraft im Schlagen,
Kraft im Behagen,
Kraft im Entlagen,
Kraft im Ertragen,
Kraft bei des Bruders Not und Leid
Im stillen Werte der Menschlichkeit.

Gehören eure Frauen der gewerkschaftlichen Organisation an?

Die steigenden Lebensmittelpreise und die teuren Wohnungen zwingen immer mehr Frauen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Es steigt die Zahl der weiblichen Arbeiter von Jahr zu Jahr, und einzelne Berufe, die noch vor einer Reihe von Jahren gar keine weiblichen Arbeitskräfte zu verzeichnen hatten, beschäftigen heute schon viele Tausende Arbeiterinnen. Trotzdem hält die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen nicht Schritt mit der steigenden Zahl der erwerbenden Frauen. Wenn auch circa 40.000 Frauen schon den Weg zur Organisation gefunden haben, so streben doch leider noch immer Hunderttausende der Organisation fern.

Genau ist die Organisation der Frauen bedeutend schwerer zu erreichen als die der Männer, nicht nur, weil den Arbeiterinnen die Zeit fehlt, die zum regelmäßigen Besuch der Versammlungen gehört, nein, all die alten Vorurteile, in denen Männer und Frauen aufgewachsen sind, hindern vielfach die Organisationsarbeit. Es erscheint noch Tausenden Frauen und Männern als etwas Ungehöriges, wenn Frauen und Mädchen in die Versammlungen gehen, wenn sie an den Demonstrationen der Arbeiterklasse teilnehmen oder bei Streiks und Aussperrungen ihre Pflicht als Streikposten so erfüllen wie die Männer. Bei den jungen Mädchen ist es sehr oft die Mutter, die hindernd eingreift und nicht erlaubt, daß die Tochter zu solchen Besuchen am Abend ausgeht, wenn sie auch erlaubt, daß die Tochter zu den verschiedenen Tanzunterhaltungen geht. Wenn es nun begründet ist, daß alle Eltern den Besuch der neuen Zeit nicht begreifen, so muß es aber doch vollständig unbegründet erscheinen, wenn organisierte Eltern und organisierte Männer, die selbst überzeugte Parteigenossen sind, die vielleicht jahrelang für die gewerkschaftliche Organisation arbeiten, ihre Töchter und Frauen nicht der gewerkschaftlichen Organisation zuführen. Es kommt gar nicht so selten vor, daß die Frauen von Parteigenossen und Gewerkschaftsberatern, die in einer anderen Branche arbeiten, nicht organisiert sind. Nicht selten sagen die Frauen auch, daß sie von den Männern gehindert werden, sich zu organisieren. Der Mann meint, es genüge vollständig, wenn es ihm gelingt, daß der gewerkschaftlichen Organisation bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, die Arbeitsverhältnisse seiner Frau und seiner Töchter brauchen sich nicht zu verbessern, weil ja ihr Einkommen immer mehr zum Nebenverdienst wird, je größer das Einkommen des Mannes wird. Diese Männer denken nicht daran, daß einmal durch das Fernbleiben ihrer Frauen und Töchter die männlichen Proletarier dieser anderen Industrie in ihrem Vornachkommen gehindert werden, daß auch sie keine gewerkschaftlichen Kämpfe führen könnten, wenn alle männlichen Arbeiter so feindselig denken würden. Sie vergessen aber auch, daß sie ja krank und arbeitsunfähig werden können und daß dann das Einkommen der Frau von der größten Wichtigkeit für den Erhalt der Arbeiterfamilie ist. In der Zeit der Teuerung und der steigenden Mietpreise ist es aber notwendiger denn je, daß alle erwerbenden Mitglieder der Arbeiterklasse gewerkschaftlich organisiert sind. Heute ist das Einkommen des Vaters nicht allein entscheidend für das Wohlergehen der Arbeiterfamilie. Sobald die Frau miterbienen muß, ist dies unter allen Umständen Beweis dafür, daß die Familie von dem Einkommen des Mannes nicht leben kann. Deshalb muß auch die erwerbende Frau trachten, die Arbeitsbedingungen in ihrer Branche zu heben. Ertritt ihr der Mann hindernd in den Weg, so zeigt er nur, daß er zur vollen Erkenntnis der Verhältnisse nicht vorgebrungen ist. Kein sozialistisch denkender Mann kann heute seine Frau von der Organisation fernhalten, er muß im Gegenteil trachten, seine Frau von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen.

Es genügt keineswegs für die Verbesserung der Arbeiterklasse, wenn in einem Beruf bessere Arbeitsbedingungen erreicht werden. Solange es nicht möglich ist, in allen Berufen vorwärts zu kommen, solange werden diese rückständigen Berufe immer wieder unorganisierte und indifferente Massen zur Ausbeutung zur Verfügung stellen. Es ist deshalb nicht gleichgültig, wenn in jenen Branchen, wo hauptsächlich Frauen beschäftigt werden, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schlecht bleiben, denn auch die Frauen dringen in allen anderen Berufen vor und wirken dann preisbrüdernd auf die männliche Erwerbsarbeit ein. Der Mann kann seine besseren Lohnverhältnisse nur dann wahrnehmen, wenn er seine Frau zur verständnisvollen Gehärfürin seiner Kämpfe erzieht. Männer des Proletariats, eure Frauen gehören so wie ihr in die gewerkschaftlichen Organisationen!

Neue Krankenkassenzerstückelung.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ veröffentlicht in Nr. 36 einen Aufruf des „Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“, den er der sorgsamsten Beachtung aller Arbeitgeber dringlich empfiehlt. Der Aufruf lautet:

Gründet Betriebskrankenkassen!

Die Reichsversicherungsordnung gibt verschiedene Bestimmungen für die Errichtung neuer und für die Zulassung bestehender Betriebskrankenkassen. Neue Betriebskrankenkassen können nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung nur errichtet werden für Betriebe, in denen für die Dauer mindestens 150, in landwirtschaftlichen und Winenschiffabtrieben mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigt werden. Ferner darf durch die Errichtung der Betriebskrankenkasse der Bestand oder die Leitungsfähigkeit der allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen nicht gefährdet werden. Bestehende Betriebskrankenkassen werden weiter zugelassen, wenn sie mindestens 100, solche für landwirtschaftliche und Winenschiffabtriebe mindestens 50 Mitglieder haben. Die Voraussetzung, daß die allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen durch die Betriebskrankenkassen nicht gefährdet werden, kommt hierbei nicht in Betracht. Wie diese Gegenüberstellung der gesetzlichen Bestimmungen (§ 245 und 255 der Reichsversicherungsordnung) ohne weiteres ergibt, empfiehlt es sich für alle diejenigen Betriebe, die zwischen 100 und 150 Versicherungspflichtige umfassen, noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, was voraussichtlich nicht vor dem 1. Juli 1912 geschehen wird, Betriebskrankenkassen zu gründen, da ihnen später diese Möglichkeit überhaupt genommen ist. Aber auch für diejenigen Unternehmungen, die eine größere Zahl von versicherungspflichtigen Personen zählen, dürfte sich die baldige Gründung von Betriebskrankenkassen empfehlen, da die Zulassung dann nicht von der angegebenen Voraussetzung der Gefährdung abhängig ist. Es steht noch dahin, wie der Begriff der Gefährdung festgelegt werden wird. Auf jeden Fall ist in dieser Hinsicht große Vorsicht geboten. An dieser Stelle sei auch erwähnt, daß die in mehreren räumlich getrennten Betriebsstätten einer Firma beschäftigten Personen in eine Betriebskrankenkasse zusammengefaßt werden können. Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen mit dem Sitz in Essen ist zu jeder weiteren Auskunft gern bereit.

Der „Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen“ beschreitet hiermit einen Weg, der zur Umgehung der gesetzlichen Vorschriften der neuen Reichsversicherungsordnung führt. Er will durch die schnelle Gründung von Betriebskrankenkassen unter der Geltung des alten Krankenversicherungsgesetzes den durch die neue Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Schutz der Orts- und Landkrankenkassen wirkungslos machen. Es ist gar kein Zweifel, daß ein solches Vorgehen ungeeignet ist und bei den Aufsichtsbehörden keinerlei Unterstützung finden darf. Aber auch die Arbeiterkraft und die Öffentlichkeit im weitesten Sinne muß gegen dieses skidole Unternehmen überführter Betriebskrankenkassengründungen aufgerufen werden; denn es ist ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Eile, die geboten ist, um die Kasse noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung zu „errichten“, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kasse in ausreichender Weise sichergestellt werden kann. Die Arbeiter solcher Betriebe, deren Unternehmer in der Zeit bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung eine Betriebskrankenkasse errichten wollen, haben alle Schritte zu tun, um die Ausführung dieses Planes zu verhindern.

Nach § 64 des Krankenversicherungsgesetzes müssen bei Errichtung des Statuts einer Betriebskrankenkasse die beschäftigten Personen oder die von denselben gewählten Vertreter angehört werden. Die Arbeiter, beziehungsweise deren Vertreter haben hierbei Gelegenheit, ihre Gegengründe gegen die beabsichtigte Kassenerrichtung geltend zu machen, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Gründung zu verneinen und nachzuweisen, daß durch letztere ihre Interessen gefährdet werden. Sie haben von ihren Einwänden zugleich der Aufsichtsbehörde Kenntnis zu geben. Das Statut der Betriebskrankenkasse bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Diese kann die Genehmigung versagen, wenn das Statut den Anforderungen des Gesetzes nicht genügt (also irgendwelche gesetzlichen Vorschriften nicht berücksichtigt) oder die Leistungsfähigkeit der Kasse nicht ausreichend gesichert ist, oder wenn die Bestimmung über Klassen von Personen, welche der Kasse angehören sollen, mit den Bestimmungen des Statuts einer anderen Klasse

in Widerspruch steht. Selbstverständlich muß die Errichtung der Kasse selbst ordnungsgemäß erfolgt sein. Die zuständige Kreisratenkasse kann ebenfalls durch Einwendungen, insbesondere gegenüber etwaigen Mängeln des Statuts, an die höhere Verwaltungsbehörde auf eine gründliche, nicht allzu übereilte Prüfung der Voraussetzungen für derartige Gründungen hinwirken. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß bei Anwendung aller dieser berechtigten und selbstverständlichen Schutzmaßnahmen Betriebskrankenkassen in größerer Zahl bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die behördliche Genehmigung erhalten können. Sollte aber auch hier der Einfluß der Arbeitgeber mächtiger sein als der Wille des Gesetzgebers, dann bleibt den Arbeitern solcher Betriebe nur noch übrig, alle gewerkschaftlichen Nachmittel zur Anwendung zu bringen, um sich gegen das Aufzwingen einer Betriebskrankenkasse zu wehren. Eine solche Abwehr im Einverständnis mit den gewerkschaftlichen Anhängen rechtfertigt sich um so mehr, als das Vorgehen der Arbeitgeber, die der Parole der Kontrolle der Betriebskrankenkassen folgen, die flagranteste Verletzung der Gleichberechtigung der Arbeiter enthält. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiter solcher Betriebe, für die die Errichtung einer Betriebskrankenkasse geplant ist, mit dem Tage, da ihnen diese Absicht zur Kenntnis gelangt, auch ihre gewerkschaftlichen Anhängen darüber unterrichten.

Aus unserem Beruf.

Die Firma Ludwig Hirschfeld u. Co., Frankfurt a. M., Lederwarenfabrik, teilt uns mit, daß ihr langjähriger Teilhaber Herr Ernst Hirschfeld aus der Firma ausscheidet, an dessen Stelle Herr Friedrich W. Hirschfeld eintritt.

Preussisches Kriegsministerium und Handwerk. Das Preussische Kriegsministerium hat die Vorschläge des achten deutschen gewerblichen Genossenschaftstages über die Umwertung amtlicher Wertungen an das Handwerk gebilligt und wird unter Voraussetzung der ordnungsmäßigen Durchführung der ausgefertigten Kontrolle jährlich einen festen Prozentsatz der zur Bekleidung und Ausrüstung des Heeres notwendigen Gegenstände an Handwerkervereinigungen überweisen.

Aus anderen Organisationen.

Der Verband der Zigarettenfabrikanten und Kistenbelleber hielt am 4. September und folgende Tage in Dresden eine außerordentliche Generalversammlung ab, deren hauptsächlichster Besatzungspunkt die „Vereinigung mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband und die Vorschläge der beiden Vorstände“ bildet. — Der Verband der Steinseker hat auf der Wuppertaler Weltausstellung für die von ihm ausgestellte Müllerbarabude das Diplom zur goldenen Medaille (d. h. also, wenn er das Geld für die Beschaffung der Medaille ausgeben will, die goldene Medaille selbst) erhalten.

Schon mehr als 10 Wochen stehen die Zigarettenarbeiter in Hemelingen im Streik, um eine Aufbesserung der miserablen Löhne zu erkämpfen. Die Verhandlungen des Arbeiterausschusses im Beisein des Bürgermeisters führten zu keinem Resultat. Der Unternehmer will keine Zugeständnisse machen und verlangt bezugsunfähige Aufnahme der Arbeit. — Der Streik der Lohgerber in Elmshorn sowie die Aussperrung der Weigberger in Kirchhain (N.-L.) dauert unverändert fort. — Die Lithographen und Steinbrücker in Leipzig haben beschlossen, den Unternehmern Forderungen einzureichen. Am 7. September soll darüber beschlossen werden, ob am 8. September die Kündigung eingereicht werden soll. — Die Metallarbeiterbewegung in Düsseldorf hat zu einem Nachgeben der Arbeitgeber geführt, 40 Betriebe mit 7000 Arbeiter bewilligten die gezielten Forderungen. In mehreren Werkzeugmaschinenfabriken freiten noch 680 Mann. — Die Elektromonteur in Hamburg legten am 5. September die Arbeit nieder, weil die Unternehmer es ablehnten, mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, zwecks Abschluß eines Tarifvertrages, zu verhandeln.

Am Solinger Industriegebiet befinden sich 1400 Stahlwarenarbeiter im Streik. Leider ist zwischen dem im Industriebereich und im Metallarbeiterverband organisierten keine Einigung zu erzielen gewesen, so daß der Kampf vom Metallarbeiterverband allein geführt wird. Auch die Christlichen arbeiten weiter. — Der Bauarbeiterausstand in Helgoland wurde mit einem Erfolg der Arbeiter beendet.

Streiks und Lohnbewegungen.

Eine Versammlung der Musteroffenfabrikanten Berlins, soweit die Mitglieder der Innung sind, hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, in corpore dem für das Portefeuille- und Messerartikelgewerbe abgeschlossenen Tarifvertrag vollinhaltlich beizutreten.

Berlin. Der Streit bei der Firma Völl u. Korbbeck wurde am 26. August mit feilweisem Erfolg beigelegt. Unsere Kollegen erzielten eine Lohnerhöhung von 3-4 Pf. pro Stunde. Die Festsetzung der Minimallöhne und andere Abmachungen hat der Betriebsinhaber schriftlich anerkannt.

Korrespondenzen.

Bauen. In der gutbesuchten Versammlung am 28. August referierte Kollege Berndt: Dresden über das Thema: „Der Kampf ums Dasein und seine Folgen“. An der Hand einer Anzahl von Beispielen verfuhr der Referent den Anwesenden den Naturtrieb, wonach der Stärkere beizutreiben ist, den Schwächeren zu unterdrücken, klarzumachen. In sozialem Sinne sind die Unternehmer die Stärkeren, die Arbeiter die Schwächeren. Um sich zu wehren, ist es Pflicht der Arbeiter, sich den freigewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen. Reicher Beisfall lohnte den Referenten. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde die hiesige Lehrlingsausbeuterei einer eingehenden Kritik unterzogen. Dabei kam eine Mitteilung der Gewerbetammer über die Lehrlingszuchterei zweier Sattlermeister zur Sprache. Auch das Verhalten der Krauter, ein Pflanzgeschäft zu schaffen, wonach kein Geselle oder Lehrling, will er nicht entlassen werden oder auf die schwarze Liste kommen, Arbeit auf eigene Hand annehmen darf, wurde als Mittel zur Hebung des Handwerks eingehend gewürdigt. Heftig feste die Diskussion bei Erörterung der Grenzfreizügigkeiten mit den Tapezierern ein, welche verlangen, daß alle Sattler, die auch Kollerarbeiten verrichten, dem Tapeziererverband angehören müssen. Nachdem noch auf das Sommervergnügen aufmerksam gemacht wurde, erwähnte Kollege Berndt alle Kollegen, tüchtig für unseren Verband zu arbeiten und auch der Arbeiterpresse noch mehr als bisher ihr Augenmerk zu schenken.

(An den Schriftführer der Verwaltungsstelle Bauen: Wie Sie, lieber Kollege, sehen, waren wir nicht nur so unverschämt und haben ihren Bericht gefürzt, sondern haben uns genötigt, ihn vollends umzuschreiben. So gern wir es sähen, daß es jedem Arbeiter möglich wäre, einen druckfertigen Bericht zu schreiben und so unangenehm es uns ist, eingesandte Berichte ungenutzt zu lassen, so sehr müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß der gute Wille der Berichterstatter für die Tat hingenommen werden muß. Wir erkennen die Arbeit für den Verband nach Feierabend hoch an und meinen, daß auch schlecht geschriebene Berichte besser sind als gar keine und darum auch nicht für den „alten Friesen“ sind. Wir sind nicht so geistlos und drücken uns eingesandte Berichte, trotz wiederholter Drohung, unperfekt oder gar im Wortlaut ab. Sollte die Münchener Generalversammlung den Beschluß fassen, ein Mitteilungsblatt aus Verbandsmitteln herauszugeben, dann würden wir einen Mangel an Mitarbeitern nicht zu fürchten haben. Was Ihren Bericht angeht, haben wir noch zu bemerken, daß es besser ist, Tatsachen gleich mitzuteilen, als an verschiedenen Stellen den Satz zu bringen: „Aber diesen Punkt werden wir noch besonders sprechen!“ Im übrigen würden wir es begrüßen, wenn Sie die gerügten Berichtsfürsungen als Gegenstand einer Beschwerde beim Ausschuß machen. Die Redaktion.)

Soziales.

Das habt ihr dem Zentrum zu verdanken. Aus Friesenheim in Baden wird geschrieben: „Die Lage der hiesigen Tabakarbeiter wird immer hoffloser. Einschränkung der Arbeitszeit, schlechtes Material und geringe Löhne sind an der Tagesordnung. Bei den teuren Lebensmitteln und einem Arbeitsverdienst von selten 3 Mk. pro Tag soll der Zigarrenarbeiter seine Familie ernähren. Um dies einigermaßen fertig zu bringen, müssen schulpflichtige Kinder zu Hause Tabak abtippen, so daß sie oft kaum Zeit haben, ihre Schulaufgaben zu machen. Von Zeit zum Spielen und dergleichen ist gar keine Rede. Morgens müssen sie in die Schule, nachher an den Nippentorb bis abends, das ist das Los so manches Kindes des Tabakarbeiters. Die Not, welche die schöne Finanzreform im Tabakgewerbe verursacht, zwingt den eigenen Vater, zum Ausbeuter seiner Kinder zu werden. Eine Firma, die in diesem Jahre acht Wochen aussetzte und jetzt schon seit Frühjahr jede Woche zwei Tage nicht arbeiten läßt, erklärte ihren Arbeitern auf erhobene Beschwerde: „Das habt ihr dem Zentrum zu verdanken! Arbeiter, merkt euch das!“

Das Hausarbeitsgesetz ist es in den letzten Monaten ganz still geworden. Besonntlich hat zu Beginn dieses Jahres der Heimarbeitertag in Berlin stattgefunden, der den Zweck hatte, Reichstag und Reichsregierung dahin zu beeinflussen, daß das Hausarbeitsgesetz, von welchem erwartet wurde, daß es demnächst im Reichstag zur zweiten Lesung gelangt, den Wünschen der Arbeiter entsprechend gestaltet werde. Die Dispositionen des Reichstages sind jedoch geändert worden. Das Hausarbeitsgesetz hat bisher noch nicht auf der Tagesordnung gestanden; es gehört vielmehr zu den Gegenständen, die für die Herbsttagung des Reichstages in Betracht kommen, doch hat man bisher angenommen, daß es wahrscheinlich lang- und langlos in der Verfertigung verschwinden wird.

Es scheint jedoch, daß sich die Chancen des Heimarbeitsgesetzes verbessert haben. Ein wichtiger Streitpunkt war die Errichtung von Lohnämtern, die von der Reichstagskommission in erster Lesung beschlossen, in zweiter Lesung aber abgelehnt wurden. Von den Heimarbeitern und den Vertretern ihrer Interessen wurden jedoch die Lohnämter, welche den Arbeitern einen gewissen Schutz gegen gar zu krasse Ausbeutung gewähren, als einer der wichtigsten Teile des ganzen Gesetzes betrachtet; dagegen stand die Regierung dieser Forderung ablehnend gegenüber. In der Beziehung scheint nunmehr eine Aenderung eingetreten zu sein. Die in den letzten Tagen gebrachten Meldungen von einem Sinneswechsel in der Regierung erwecken den Anschein, als ob sie offiziös inspiriert wären. Wenn sie zutreffend sind, dann ist die Verabschiedung des Hausarbeitsgesetzes in der Herbsttagung des Reichstages nicht ganz ausgeschlossen, und es darf dann auch erwartet werden, daß der Bundesrat die Lohnämter akzeptiert, wenn sie vom Reichstag beschlossen werden. Allerdings darf man nicht übersehen, daß in der kurzen Zeit, die dem gegenwärtigen Reichstag noch zur Verfügung steht, so viele Aufgaben zur Erledigung harren, daß die Verabschiedung des Hausarbeitsgesetzes noch keineswegs gewiß ist.

Die Einführung einer sogenannten „Sommerzeit“ ist ein Vorschlag, für dessen Verwirklichung in Deutschland die Firma Sarotti-Berlin eifrig Propaganda macht. Es handelt sich dabei um folgenden Plan: Im Monat April jedes Jahres sollen alle Uhren um eine Stunde vorgestellt werden, um des Abends einen früheren Arbeits- beziehungsweise Büreauenschluß zu ermöglichen. Auf diese Weise soll für jedermann abends eine Stunde mehr Sonnenlicht gewonnen werden, so daß man seine Freizeit besser zur Erholung verwerten kann als bisher. Im September jedes Jahres sollen dann die Uhren wieder um eine Stunde zurückgestellt werden. — In England hat diese Idee schon seit langem zahlreiche Anhänger. In der Guildhall in London fand am 3. Mai 1911 eine statt besuchte Versammlung statt, in der der Lordmayor den Vorschlag führte. Er wies auf die bereits früher an das Parlament gerichtete Resolution hin und erklärte unter Weisfall, daß die Bürger von London zusammengerufen worden seien, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Ansicht über Mr. Billelts Vorschlag, den Tag zu verlängern und den Sonnenschein zu vermehren, zu äußern. „Wir sind zusammengekommen, um dem Parlament so viel wie möglich zu zeigen, daß mehr Stunden für die Bill sind als dagegen“, sagte er, und Mr. Winston Churchill führte aus: Seit die Vorlage zum ersten Male das Parlament beschäftigt habe, sei die Idee immer populärer geworden. Ganze Berge von Vorurteilen, Gleichgültigkeit, Ungebuld und Ungläubigkeit seien überwunden worden. Das Gesetz werde jetzt unterstützt von 84 Handelskammern, 170 Städteverwaltungen und Stadträten, 265 Parlamentsmitgliedern und 388 Vereinigungen, Clubs usw. Es sei für einzelne Personen unmöglich, ohne große Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten ihren Tag anders einzuteilen als die Allgemeinheit. In der Kapkolonie sei die Vorlage mit unbefriedigendem Erfolge durchgeführt worden. Wenn die Zeitverlängerung überall angenommen werde, würde niemand den Wechsel bemerken, außer daß die hellen Abendstunden auf das angenehmste verlängert würden. — Nach Mr. Winston Churchill ergriffen viele andere, darunter auch viele Parlamentsmitglieder, das Wort für Durchführung des Gesetzes, und eine erneute Resolution an das Parlament wurde einstimmig angenommen.

Wer am Galgen sterben soll, ersäuft nicht im Rhein.
*
Besser vom Wolf gefressen, als vom Schaf totgeleckt.
*
Wer Hasen schinden will, darf das Miauzen nicht scheuen.

Genossenschaftliches.

Die Bedeutung des Genossenschaftswesens in Deutschland. Gegenwärtig durchläuft die „genossenschaftliche“ Bewegung ein Stadium aus der „Statistischen Korrespondenz“, der in durchaus anerkannter Weise die volkswirtschaftliche Bedeutung der genossenschaftlichen Unternehmungsform würdigt. In der Tat verfügt kein Land der Welt über eine ähnliche mannigfaltige und erfolgreiche Genossenschaftsbewegung wie Deutschland, wo alle Genossenschaftsarten über günstige Ergebnisse berichten können, während in den anderen Kulturländern meist nur die eine oder andere Genossenschaftsart durch den volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozeß begünstigt wird. Bei uns in Deutschland gab es im Jahre 1903 20 755 eingetragene Genossenschaften mit 3 130 519 Mitgliedern, im Jahre 1908 28 141 Genossenschaften mit 4 579 740 Mitgliedern. Der Genossenschaftsbestand breitet sich immer mehr aus; auf 100 000 Personen der Zivilbevölkerung entfielen 1903 rund 5400 Genossenschaftsmitglieder, 1908 etwa 7600, in Preußen für sich 4800 bzw. 6800, in Bayern 5500 bzw. 8000, in Sachsen 5500 bzw. 7100, in Württemberg 9700 bzw. 13 400, in Baden 8800 bzw. 11 700, in Hessen 9000 bzw. 11 700, in den übrigen Bundesstaaten zusammen 5400 bzw. 7900.

Die Genossenschaftsmitglieder sind der Mehrzahl nach Haushaltungsvorstände; rechnet man auf jeden solchen drei bis vier Angehörige und abhängige Haushaltungsmitglieder, so ergibt sich eine auf viele Millionen zu veranschlagende Bevölkerung, die an den Vorteilen der Genossenschaften teil hat. Genau läßt sich das nicht auf eine Ziffer bringen, weil eine nicht bekannte, aber nicht unerhebliche Zahl von Mitgliedern gleichzeitig an mehreren Genossenschaften beteiligt ist.

Der erwähnte Artikel der „Statistischen Korrespondenz“, der diese Feststellungen trifft, teilt dann Ziffern über die wirtschaftliche Tätigkeit der Genossenschaften mit und knüpft daran folgende Kubanwendung:

Aus solchen Zahlen leuchtet die wirtschaftliche Macht der Genossenschaften hervor, wenn die Zahlen selbst auch nicht ein vollständiges Bild von ihrer Tätigkeit geben, da über viele Genossenschaften die wirtschaftsstatistischen Nachrichten fehlen. Im nationalen Wirtschaftsleben bilden die Genossenschaften eine sehr leistungsfähige und bedeutungsvolle Unternehmungsform, die obendrein den Vorzug hat, daß sie im Sinne der Förderung der Volkseinheit arbeitet: denn nicht bloß werden ihre Mitglieder zum gemeinsamen Arbeiten auf ein bestimmtes wirtschaftliches Ziel hin erzoget, auch die Leitung und Verwaltung der Unternehmungen geschieht zu einem großen Teil ehrenamtlich und im Geiste der Selbstverwaltung und wirkt in diesem Sinn auf weite Kreise erziehlend. So weit, so gut! Wie soll man aber mit diesem Lobgesang auf die genossenschaftliche Tätigkeit die Angriffe vereinbaren, die das Konsumvereinswesen gegenwärtig überall erfährt. Man kann in der jetzigen Zeit der Konjunktur kaum eine Zeitsungnummer in die Hand nehmen, ohne auf einen Bericht über eine Handwerker- oder Kleinhandlertagung zu stoßen, auf der die Konsumvereine in den Grund und Boden hinein verurteilt wurden. Bekanntlich fehlt es auch nicht an amtlichen Stellen, die der Entwicklung der Konsumvereine Schwierigkeiten bereiten, wie z. B. das preussische Eisenbahnministerium, das Eisenbahnbeamten und -arbeitern die Mitgliedschaft bei Konsumvereinen verbietet. Und die Parlamente in zahlreichen Einzelstaaten haben Ausnahmesteuern für Konsumvereine beschlossen, die gewiß auch nicht gerade förderlich für deren Gedeihen sind.

Alle diese Tatsachen lassen sich nicht mit der — durchaus berechtigten — Lobpreisung vereinbaren, die in der „Statistischen Korrespondenz“ das Genossenschaftswesen erfährt. Auch die Konsumvereine leisten sozial wertvolle Arbeit. Es ist zum mindesten inkonsequent, wenn man die Einbeziehung dieser Genossenschaftsart zu verhindern beizutreiben ist, aber die Inkonsequenz ist wohl erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Konsumvereine vor allem den arbeitenden Klassen nützen.

Rundschau.

Wir wollen den Friesen! Mit dieser Parole zogen am Sonntag, den 3. September, weit mehr als 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins nach dem Treptower Park, um durch ihre Teilnahme an der bisher größten Demonstration zu bekunden, daß ihr Wille, der Wille des gesamten internationalen Proletariats es ist, den von Chauvinisten, Nord- und Selbstadspatrioten gewünschten Krieg um Marokko zu vermeiden. Das in allen seinen Phasen imponant verlaufene Meeting lieferte aufs neue den Beweis, mit welcher Ruhe, Besonnenheit, Disziplin, Ernst und Leidenschaftslosigkeit das organisierte Proletariat seine Interessen und damit die

Interessen der Kultur zu vertreten verzieht. Von 10 Tribünen hielten 20 Redner von beknüppeltem Vortritt unterbrochene Ansprachen. Geradezu überwältigend wirkte die Abstimmung, bei der mehr als 200.000 Arme sich gen Himmel ertönten, gleichsam als Schauer, bei der nächsten Reichstagswahl gründliche Abrechnung zu halten und solange im Vertretungstempel auszuharren, bis der endgültige Sieg den Klassenbewußten Arbeitern zufällt.

Die Resolution, welche überall einmütige, begeisterte Zustimmung fand, hat folgenden Wortlaut:

Die am Sonntag, den 3. September, im Treptower Park versammelten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes erheben energischen Widerspruch gegen die infame Kriegsliste des Kanzlerpatronen- und Mannenkapitals und dessen bezahlter Agenten.

Ausgehend von der Überzeugung, daß die ganze Kolonialpolitik nur ein Auswuchs der imperialistischen Machtentfaltung und der kapitalistischen Raubjucht ist, daß sie zur Verrohung der ererbenden Völker und zur gewalttätigen Vernichtung ganzer Völkerstämme führt, daß diese Politik notwendigerweise Keibereien und Konflikte mit anderen Staaten hervorruft, bei der die arbeitende Bevölkerung die Kosten zu tragen hat, protestieren die Versammelten gegen diese abenteurerlichen Unternehmungen. Sie verlangen auch, daß in so ernstlichen Fragen die Volksvertretung besorgt wird.

Die Versammelten erklären, daß sie all ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß ausüben werden, die Aufrechterhaltung des Völkerfriedens zu sichern.

Weiter erklären die Versammelten, daß sie sich durch den von den Interessenten entworfenen Kriegsummel nicht abhalten lassen werden, bei der nächsten Reichstagswahl Abrechnung zu halten mit dem volksfeindlichen und volksausbeutenden Verhalten der jetzt herrschenden Parteien und den hinter ihnen stehenden Regierungen, indem sie mit allen Kräften für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten eintreten. Denn einzig und allein in der Sozialdemokratie finden die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ihre Vertretung und nur durch die Sozialdemokratie werden die Forderungen der Kultur und der Völkereinheit erfüllt.

Der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag in Jena kann sehr interessante Fortschritte auf allen Gebieten der Parteitätigkeit feststellen. Die Zahl der Parteimitglieder ist im letzten Jahre von 720.038 auf 835.562 gestiegen. Das ist eine Mitgliederzunahme von 115.524. Die männlichen Mitglieder sind an der Zunahme mit 90.473, die weiblichen mit 25.051 beteiligt. In 19 Bundesstaaten hat die Partei 188 Landtagsabgeordnete. Die Zahl der Vertreter in den Gemeinden hat sich erheblich vermehrt. Die Partei hat in 410 Städten 2015 Stadtverordnete und in 2240 Landgemeinden 6046 Gemeindevertreter. Außerdem hat die Partei in 31 Städten 95 Vertreter im Magistrat und in 83 Landgemeinden 154 Vertreter im Gemeindevorstand. Das sind zusammen 8910 parteigenössliche Gemeindevertreter gegen 7729 im Vorjahre. Einblitz in die rege Tätigkeit der Partei gewähren besonders folgende Aufstellungen: Im letzten Jahre haben 35.644 Mitglieder- und 13.163 öffentliche Versammlungen stattgefunden; Flugblätter sind über 33 Millionen Exemplare, Broschüren und Agitationskalender in 3 Millionen unentgeltlich verbreitet worden. Der Massenabdruck kann als sehr gut bezeichnet werden. Die Einnahmen belaufen sich auf 1,3 Millionen Mark, die höchsten, die die Partei bisher zu verzeichnen hatte. Die Partei geht also wohlgerüstet den kommenden Kämpfen entgegen.

Wirksame Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung will die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung durch die einstimmige Annahme eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion treffen, nach welchem die Bürgermeisterei Offenbach zu ersuchen ist, bei der großherzoglichen Regierung vorstellig zu werden, daß der Vertreter Hessens im Bundesrat beauftragt werde, dort zu veranlassen: 1. die Suspendierung der Lebensmittel- und Futtermittel, 2. die Öffnung der Reichsgrenzen für die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch, 3. die Beilegung der Getreideeinfuhrsteine. Ferner soll die Bürgermeisterei ersucht werden, beim Vorstand des Deutschen Städtetages zu beantragen, daß die Bekämpfung der Lebensmittelteuerung auf die Tagesordnung des demnächst in Bosen stattfindenden Deutschen Städtetages gesetzt werde. Der Verwaltungsausschuß soll beauftragt werden, mit der Verwaltung der Stadt Offenbach zusammen über weitere Schritte zur Bekämpfung der Teuerung zu beraten, insbesondere darüber, ob nicht durch Ver-

mittelung der Stadt selbst ein billiger Bezug von Lebensmitteln, vor allem von Brot und Fleisch für die ärmere Bevölkerung Offenbachs ermöglicht werden könne.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Verwaltungsstellen beträgt in Zossen ab 1. September der wöchentliche Beitrag 55 Pf., in Bremen ab 1. Oktober 60 Pf. und in Reutlingen ab 1. Oktober 55 Pfennig.

Zur Beachtung für Militärpflichtige!

Die zum Militär eintretenden Mitglieder machen wir hiermit auf die rechtzeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwaltungsstellen aufmerksam. Die Bücher werden durch die Ortsfiskierer nach erfolgter Abmeldung und Bezahlung der Restbeiträge eingezogen und an die Hauptverwaltung eingesandt.

Die vom Militär entlassenen Mitglieder müssen sich innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen anmelden.

Mitglieder, welche den laut Statut vorgeschriebenen Meldungen nicht nachkommen, gehen ihrer Ansprüche an den Verband verlustig. Während der Dienstzeit ruhen die Beitragspflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Der Vorstand.

Bücherschau.

Im Vorwärtsverlag sind neu erschienen: „Kaiser, Kanzler, Zentrum. Deutscher Verfassungsgeschichte und hierauf der Byzantinismus.“ Von J. Meerfeld. Preis 75 Pf. Vereinsausgabe 30 Pf. „An Freien Stunden“ erscheint wöchentlich. Jedes Heft - 24 Seiten stark - kostet 10 Pf.

Adressänderungen.

Zeig. B. Albert Böttcher, Bismarckstr. 16 III, Karlsruhe. R. U. Karl Krause, Kaiserstr. 57, S. II. Hagen i. W. B. Wils, Zerweis, Müchertstr. 10 II. R. U. u. V. Restaurant „Zum Marokkaner“, Goldbergstr. 13.

Sterbetafel.

Berlin, Lehrlings- und Jugendabteilung. Am 25. August verstarb unser Mitglied der Lehrling Waldemar Radynski, 18 Jahre alt, an Unterleibstypus. Berlin. Am 31. August verstarb der Portefeuille Bruno Treff, im Alter von 61 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungskonferenzen, die für zum Redaktionschluss ca. zwei einlaufen.)

- Berlin. Treibriemenbranche: Sonnabend, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthaler Straße 57. Brandenburgerversammlung.
- Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiser Wilhelm“.
- Brandenburg a. S. Mittwoch, den 13. September, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“. Vortrag des Kollegen H. Weinschild-Berlin. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
- Strasbourg i. G. Sonnabend, den 16. September, abends 9 Uhr, „Zum Falken“, Schiffschuhaden.
- Gelsenkirchen. Samstag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Saal 5.
- Hagen i. W. Sonntag, den 17. September, vormittags 11 Uhr, „Zum Marokkaner“, Goldbergstr. 13.
- Braunschweig. Dienstag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 5.
- Baunten. Sonnabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, Restaurant „Stadt Rittau“.
- Konstanz a. N. Samstag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr.
- München. Samstag, den 18. September, abends 8 Uhr, „Goldener Anker“, Schillerstr. 30.
- Köln. Sonntag, den 17. September, vormittags bei Thyssen, Jülicher Straße 14a.
- Düsseldorf. Dienstag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus.
- Breslau. Sonnabend, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Grünen Bergel“.
- Münster. Montag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Historischen Hof“.



Anzeigen

Gesucht selbständiger, durchaus tüchtiger Sattler auf Holzkoffer bei guter Bezahlung. Stellung dauernd. Eintritt baldigst. Offerten an J. Kostenbader, Kofferfabrik, Stuttgart, Rosenbergr. 49 A.

Tüchtiger Sattler, der auf Handtaschen eingearbeitet ist, gesucht. Offert. unt. Z. 67 Leipzig, Hauptpostamt.

Werführer,

welcher mit der Musterkofferbranche durchaus vertraut ist, ferner in der Herstellung von Reiseartikeln und Reisetaschen bewandert ist, gesucht. Offerten mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen unter Z. 3. an die Expedition dieses Blattes.

Tücht. Militärsattler

auf Patronentaschen usw., für längere Zeit gesucht. Meldungen an

Maury & Co.,
Offenbach a. Main.

Eine Leder- und Lederwarenfabrik im Regierungsbezirk Cassel sucht für ihre Abteilung Lederwaren einen

tüchtigen Sattler,

der im Zuschneiden und Nichten von Samaschen gut eingearbeitet ist. Es wird nur auf eine erste Kraft refferliert. Gest. Offerten unter Z. B. O. 201 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Faltenbrechmaschinen,

Größe 14 x 22 cm, liefert Alfred Krumbacher, Maschinenfabrik, Berlin, Köpenickerstraße 155/156. Amt IV, 7929.

Chromleder-Abfallspäne

billig abzugeben. W. Neck, Reichenbergerstr. 4.

Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.

Spezialität von C. Reubauer, Offenbach a. M. Lieferung sofort ab Lager.

Bringe mein reichhaltiges Lager in Portefeuille- und Sattlerwerkzeugen

Spezialität: Jangen zu jedem Artikel und Gebrauch, Gliederbrücke- und Cortelierzangen aus einem Stück, kein Abgeben der Waden mehr, in empfehlende Erinnerung. Zu jeder Tageszeit wird geschliffen. Preisverzeichnis franko zu Diensten. Georg Ditter, Werkzeugfabrikation Offenbach am Main, Gr. Marktstr. 42.